

# Dörfer und Städte – eine Einführung

Klaus Friedrich, Barbara Hahn und Herbert Popp

Die Bevölkerung Deutschlands ist in hohem Maße stadtgebunden. Derzeit wohnen etwa ein Drittel der Menschen in 82 Großstädten mit über 100.000 Einwohnern, 17% in Gemeinden unter 5000 Einwohnern und nur knapp 10% in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern <sup>1</sup>. Ähnliche Relationen findet man gleichermaßen im globalen Maßstab: An der Schwelle zum neuen Jahrtausend lebt erstmals die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten; bereits für das Jahr 2025 wird prognostiziert, dass der Anteil der städtischen Bevölkerung weltweit auf zwei Drittel steigt.

Schon aus dieser Dimensionierung ergeben sich grundlegende Herausforderungen für die Zukunft. Sie bestehen nach dem Weltbericht **URBAN 21** auf Seiten der Entwicklungs- und Schwellenländer in der Bewältigung des rasant fortschreitenden Städtewachstums, während in den Ländern der „ersten Welt“ – und hierzu zählt auch die Bundesrepublik Deutschland – eher solche Probleme zu lösen sein werden, die mit Schrumpfung, Stillstand des Wachstums der Städte sowie ihrer Ausdifferenzierung und demographischen Alterung zusammenhängen.

## Die verschiedenen Gesichter der Städte

Hinter der häufig verwendeten statistisch-administrativen Bestimmung von Städten verbergen sich in Deutschland unterschiedlich ausgeprägte Erscheinungsbilder, deren Vielfalt hier nur an drei Beispieltypen diskutiert werden kann.



Köln im 17. Jh.

Das ist zum einen die kompakte Stadt, die in den meisten Fällen auf mittelalterliche Gründungen des 12. bis 15. Jhs. zurückreicht (► **Beitrag Popp, S. 80**). Sie war in der Regel klar gegen das Umland abgegrenzt; städtischer Siedlungs- und Wirtschaftsraum stimmten für viele Jahrhunderte weitgehend überein. Im Zeichen der ökonomischen Umbrüche der Industrialisierung erweiterte sich durch Flächen- und Bevölkerungswachstum die über den mittelalterlichen Kern hinausreichende Überbauung um ein Vielfaches. Zusätzlich kam es – vor allem in den Industrieregionen – zur Ausbildung von Wirtschaftsstandorten außerhalb der traditionellen Kernstädte. Das Grundprinzip der kompakten Stadt blieb indes weitgehend unangetastet (SCHÖLLER 1967; SCHÖLLER 1985).

Dies änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Westdeutschland. Der fortschreitende Vorgang der ► **Metropolisierung**, die Umwandlung von Städten in ► **Agglomerationen**, hat eine Ausdehnung des Siedlungssystems in die Suburbia auf Kosten der Kernstädte zur Folge gehabt. Dekonzentrationsprozesse trugen zur Auflösung der Städte als physiognomische Einheiten bei. Ehemals randstädtische und ländliche Bereiche nahmen die Bevölkerung auf, die in den überlasteten und teuren urbanen Zentren nicht mehr leben wollten und konnten. Diese übergangslos vom Kern in die Fläche expandierende Verstädterung ist mittlerweile Kennzeichen nahezu aller prosperierenden Verdichtungsräume. In den ostdeutschen Städten setzte dieser Prozess erst seit der Wende ein, wobei – anders als in Westdeutschland – zunächst die Gewerbe- und erst dann die Wohnsuburbanisierung erfolgte (► **Beitrag Herfert/Schulz, S. 124**).

Einen dramatischen Kontinuitätsbruch bedeutete die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg für die Städte in

Ostdeutschland. Aufgrund der nun vorherrschenden Ideologie bildete sich neben dem bürgerlichen Erbe die sozialistisch geprägte Stadt heraus. Dieser Dualismus manifestiert sich in den Innenstädten in wenigen stadtbildprägenden Dominanten, in den größeren Städten jedoch nahezu durchgehend in der Errichtung randstädtischer Großwohngebiete einerseits (► **Beitrag Breuer/Müller, S. 130**) und dem bewusst in Kauf genommenen Verfall der Altbausubstanz in den Zentren andererseits. Seit der Wende haben hier tief greifende Transformationsprozesse begonnen, in deren Gefolge u.a. die Sanierung der Altbausubstanz, die Revitalisierung der Stadtkerne und die Modernisierung der Großwohngebiete auf der Habenseite, Bevölkerungsverluste der Kernstädte, dramatische Wohnungsleerstände und innerstädtische Industriebrachen als Folge der massiven ► **Deindustrialisierung** auf der Negativseite zu bilanzieren sind (LICHTENBERGER 2002, STOOB 1985).

## Fragestellungen der Stadtforschung

Obwohl jedermann zu wissen glaubt, was eine Stadt ist, und trotz intensiver wissenschaftlicher Beschäftigung zahlreicher Disziplinen mit städtischen Phänomenen besteht eine weitgehende Unschärfe bei der Definition von Stadt und des typisch Städtischen und damit der konkreten Abgrenzung zu anderen Siedlungsformen. Dies trifft weniger für den historischen Stadtbegriff zu, der sich im Wesentlichen auf die vorindustrielle europäische Stadt bezieht und auf dem politisch-rechtlichen Gegensatz von Stadt und Land beruht. Für die begriffliche Abgrenzung der aktuellen Stadt indes werden – je nach Perspektive – entweder statistische, rechtliche, administrative, bauliche oder funktionale Kriterien herangezogen. Sozialwis-

**Agglomeration** – Kernstadt/-städte und verstädtertes Umland einer oder mehrerer zusammenhängender Großstädte

**autochthon** – einheimisch, lokalen Ursprungs

**Deglomeration** – Verringerung der Konzentration von städtischen Einrichtungen und Funktionen

**Deindustrialisierung** – Rückgang der Bedeutung von Industrie und besonders schwerindustrieller Produktion; in den altindustrialisierten Gebieten begleitet von strukturellen Wirtschafts- und Beschäftigungsfolgen sowie als Flächenphänomen auch mit stadt- und regionsprägenden Auswirkungen.

**eklektizistisch** – aus verschiedenen Stil- oder Methodenrichtungen auswählend

**Gentrifizierung** – Aufwertung eines Wohnviertels aufgrund der Verdrängung eingessener Bevölkerungsgruppen durch statushöhere Bewohner

**glazigene Sedimente** – Ablagerungen eiszeitlicher Entstehung

**Metropolisierung, Metropolregion** – Übergang zur international bedeutenden Großstadtregion mit höchsten Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionen

**morphogenetisch** – die zeitliche Entwicklung des äußeren Erscheinungsbildes betreffend

**morphographisch** – die Gestalt beschreibend

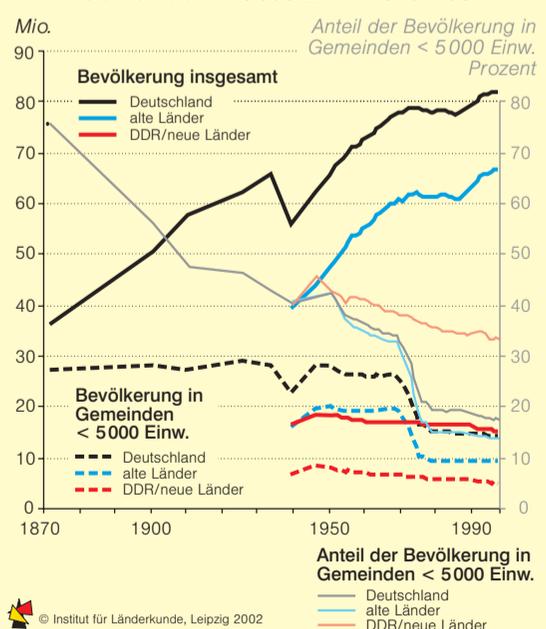
**Persistenz** – Tendenz zur Erhaltung von Bestehendem, auch wenn dieses keine Funktion mehr hat

**Segregation** – Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen nach ethnischen, sozialen oder Altersmerkmalen

**URBAN 21** – Weltkonferenz zum Zustand und zur Zukunft der Städte, abgehalten 2000 in Berlin

senschaftliche Betrachtungsweisen akzentuieren urbane Bereiche als Lebensräume einer differenzierten Gesellschaft, die sich deutlich von nichtstädtischen Organisationsformen abhebt (► **Beitrag Häußermann, S. 26**). Geographische Definitionen beziehen sich häufig auf Kriterienets wie z.B. hohe Einwohnerzahl und -dichte, Geschlossenheit der Ortsform, bauliche Konzentration, innere bauliche und soziale Differenzierung und zentralörtliche Bedeutung, allerdings ohne überzeugende Evidenz ihrer inhaltlichen Ausfüllung (► **Glossar**) (HEINEBERG 1998; HOFMEISTER 1984).

## 1 Deutschland, alte Länder und DDR/neue Länder Entwicklung der Bevölkerung insgesamt und in Gemeinden < 5000 Einw. 1870-1997



Auch in der Bewertung der Bedeutung von Städten für die räumliche und gesellschaftliche Organisation besteht eine große Spannweite. Dies liegt keineswegs nur in der außerordentlichen Verschiedenartigkeit der städtischen Kulturen der ohnehin kaum miteinander zu vergleichenden sog. ersten oder dritten Welt, sondern gilt auch für die hier im Mittelpunkt stehenden Städte unseres Kulturkreises. So wurden Städte auf der bereits angesprochenen Weltkonferenz URBAN 21 von prominenter Seite als zentrale Orte politischer, sozialer und kultureller Teilhabe oder als Knotenpunkte ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklung, als Motoren des Wachstums und Brutapparate der Kultur, Kreuzungspunkte von Ideen, Orte geistiger Gärung und Innovation gekennzeichnet. Aber UN-Generalsekretär Annan charakterisierte Städte auch als Orte von Ausbeutung, Krankheit, Gewaltverbrechen, Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch, Umweltverschmutzung, Angst und betonte die Problematik der Trennlinien zwischen Zuwanderern und alteingesessenen Bewohnern.

Ohne den zahlreichen Definitionen und Bewertungen weitere hinzuzufügen, wollen wir festhalten, dass über einige

Gemeinsamkeiten weitgehender Konsens besteht: Städte erfüllen als zentrale Orte wichtige Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen für die Umgebung (► Beitrag Sachs, S. 34), sie bündeln ökonomische und politische Kompetenzen, bieten ein differenziertes Angebot an Arbeits- und Lebensbedingungen und ermöglichen einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft adäquate Lebensmöglichkeiten.

#### Ein interdisziplinärer Fokus

Angesichts weit fortgeschrittener Verstädterung (► Beitrag Stiens, S. 36) und der immensen Vielfalt städtischer Phänomene haben sich zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen der Untersuchung des Gegenstandes Stadt zugewandt. Hierzu zählen neben weiteren die Geschichte, die Stadtsoziologie, der Städtebau, die Umweltpsychologie und die Stadtgeographie. Während sie anfänglich jeweils ein relativ spezifisch definiertes Erkenntnisinteresse pflegten, zeigen sich zunehmend vielfältige Überschneidungen und Konvergenzen. So spricht heute viel dafür, Stadtforschung eher als interdisziplinäre Querschnittsaufgabe zu sehen denn als Forschungsfeld parallel nebeneinander arbeitender



Disziplinen (BENEVOLO 1993; FRIEDRICH 1997; HÄUSSERMANN 1992).

Dieses Plädoyer für eine Vernetzung der am gleichen Gegenstand interessierten Disziplinen ist keineswegs als Aufforderung dazu zu verstehen, die jeweils spezifischen fachlichen Perspektiven aufzugeben. Diese sind vielmehr unerlässlich, um sich der Vielfalt der städtischen Phänomene angemessen nähern zu können.

So hat die Stadtgeschichte sehr viel zum Verständnis sowohl der Genese der räumlichen Organisationsform Stadt als auch der städtischen Gesellschaften in ihrer Raumgebundenheit beigetragen. Demgegenüber hat die stadtsoziologische Forschung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, zunächst auf der Makroebene argumentierend, Stadt als Reproduktionsebene gesellschaftlicher Rahmenbedingungen fokussiert. Erst seit den 1970er Jahren trat neben diese systembezogene Perspektive verstärkt die Auseinandersetzung mit den schon viel früher durch die Chicagoer Schule der 1920er und 30er Jahre etablierten sozialökologischen Ansätzen.

Aus städtebaulicher Sicht stehen zunächst die Konfiguration des bebauten Raumes und die Formulierung planerischer Leitbilder im Vordergrund. Mit dem Paradigmenwechsel Ende der 60er Jahre jedoch wurden zunehmend auch die soziale Bedingtheit von Städtebau thematisiert. Die Wahrnehmung des städtischen Raumes und die Notwendigkeit zur Adaptation baulicher Gestaltelemente an die Bedürfnisse der in den Städten lebenden Menschen wurde zum wesentlichen Aufgabenfeld.

Von hier aus war es ein kurzer Weg zur Umweltpsychologie. Sie thematisiert die Raumgebundenheit menschlicher Gruppen und Individuen aus verhaltensorientierter Perspektive: Raumwahrnehmung und -aneignung stehen im Vordergrund einer kognitiven und

verhaltenswissenschaftlichen Annäherung an städtische Lebensweisen.

#### Die geographische Stadtbetrachtung

Nach Aussage des britischen Stadtgeographen HALL (1998) ist das einzige beständige Merkmal von Städten ihr permanenter Wandel. Folgen wir dieser Einschätzung, wird nachvollziehbar, dass sich auch die Forschungsrichtungen und methodologischen Herangehensweisen im Zuge der Entwicklung der Stadtforschung ändern. Innerdisziplinär lassen sich frühe, moderne und gegenwärtige (seit den 1990er Jahren) →

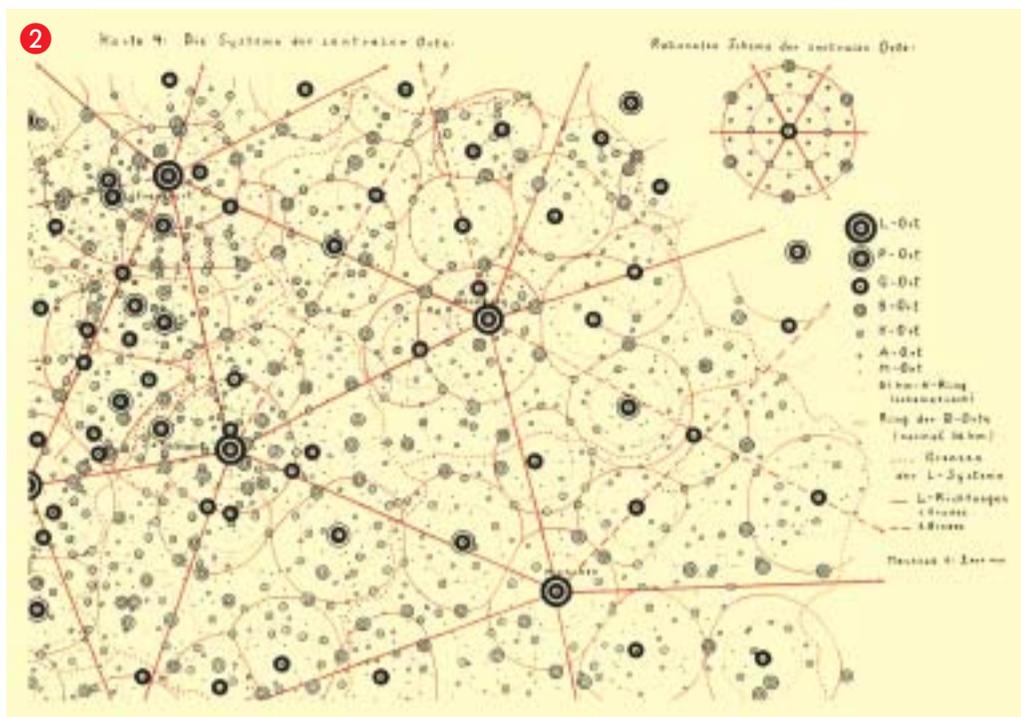
#### Merkmale der Stadt in geographischer Sicht

- größere Siedlung (z.B. nach der Einwohnerzahl)
- Geschlossenheit der Siedlung (kompakter Siedlungskörper)
- hohe Bebauungsdichte
- überwiegende Mehrstöckigkeit der Gebäude (zumindest im Stadtkern)
- deutliche funktionale innere Gliederung (z.B. mit City oder Hauptgeschäftszentrum, Wohnvierteln, Naherholungsgebieten)
- besondere Bevölkerungs- und Sozialstruktur, z.B. überproportional viele Einpersonenhaushalte
- differenzierte innere sozialräumliche Gliederung (residentielle Segregation)
- hohe Wohn-, Arbeitsstätten-/Arbeitsplatzdichte
- Dominanz sekundär- und tertiärwirtschaftlicher Tätigkeiten bei gleichzeitig großer Arbeitsteilung
- Einpendlerüberschuss
- Vorherrschen städtischer Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsformen
- Mindestmaß an Zentralität, z.B. mittelzentrale (Teil-)Funktionen
- relativ hohe Verkehrswertigkeit (Bündelung wichtiger Verkehrswege, hohe Verkehrsdichte)
- weitgehend künstliche Umweltgestaltung mit z.T. hoher Umweltbelastung, hoher Versiegelungsgrad

(nach HEINEBERG 2001, modifiziert)



Güstrow



Faksimile aus der Originalkarte von W. Christaller zu den zentralen Orten in Süddeutschland (Ausschnitt)

Mit der wegweisenden Theorie der zentralen Orte von Christaller (1933) (► Beitrag Sachs, S. 34) rückten die funktionalen Stadt-Land-Bezüge in den Vordergrund; diese Thematik entfaltete eine immense internationale Wirkung. Darüber hinaus hat sich die Zentralitätsforschung für die Raumordnung und Landesplanung in Deutschland als empirisch äußerst fruchtbarer Forschungszweig erwiesen (► Beitrag Blotvogel, S. 40).

Innerhalb der Wissenschaftsentwicklung der allgemeinen Stadtgeographie seit Ende des 19. Jahrhunderts lassen sich die von HEINEBERG für Deutschland ausgegliederten Forschungsrichtungen zusammenfassen und charakterisieren:

Die ► **morphogenetische** Stadtgeographie stellte ursprünglich die Lagebezüge von Städten sowie die Analyse ihrer Grund- und Aufrissgestaltung in den Vordergrund (z.B. Hettner und Schlüter). Diese Fragen nach dem Wo und dem Wie mündeten seit den 1970er Jahren in eine stärker anwendungsbezogene Grundlagenforschung zur Stadterneuerung und Stadtimagepflege.

Die funktionale Stadtgeographie wandte sich bereits seit den 1920er und 30er Jahren der Ausweisung innerstädtischer Teilräume wie z.B. Stadtzentren oder Wohn- und Gewerbegebieten mit dem Ziel einer funktionalen Stadtgliederung zu. In jüngerer Zeit ist eine Schwerpunktsetzung hin zur Analyse innerstädtischer Geschäftszentren zu erkennen.

In dieser Zentralitätsforschung liegen auch die Wurzeln der Städtesystemforschung und ihrer Betrachtung eines arbeitsteilig organisierten urbanen Systems. Im Zeichen der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse gewinnen Veränderungen und Leitbilder an Bedeutung, die über den nationalen und regionalen Maßstab hinaus europäische bzw. globale Netze und Austauschbezüge thematisieren (3).

Verstärkt seit den 1950er Jahren hat sich die kulturgenetische Stadtgeographie mit der Analyse kulturraumspezifischer Stadtstruktur- und Stadtentwicklungsmodelle zwar als ein wichtiges in-nerdisziplinäres Arbeitsfeld etabliert, vermochte indes kaum Beiträge zur allgemeinen Thematik der deutschen Städte zu entwickeln.

Die Hinwendung zu den Akteuren im urbanen Raum erfolgte seit den 1960er

Ansätze unterscheiden. Zur ersten Gruppe zählen die Betrachtung der Stadtlage und Stadtgestalt sowie der Wachstumsprozesse. Unter modernen Ansätzen lassen sich positivistische, verhaltens- und wahrnehmungsorientierte, humanistische, strukturalistische

und stadtsoziologische Zugänge subsumieren. Kennzeichnend für die Gegenwart sind das Fehlen von und die Zurückhaltung vor einer geschlossenen Theorie der Stadtentwicklung mit der Konsequenz relativ ► **eklektizistischer** Zugänge und Perspektiven.

### Abgrenzung der europäischen Agglomerationen

Ein Vergleich von Einwohnerzahlen europäischer Städte bezogen auf die administrative Abgrenzung der Kerngemeinde, wie er bei Untersuchungen deutscher Städte gängig ist, führt im europäischen Maßstab zu erheblichen Verzerrungen der tatsächlichen Größenverhältnisse. Man erhält ein besseres Ergebnis durch den Vergleich von Städten als Siedlungskörper nach dem Konzept der „morphologischen Agglomeration“.

Die morphologische Agglomeration besteht aus dem auf Gemeindebasis abgegrenzten zusammenhängend bebauten Gebiet. Der UN-Definition folgend, wird ein Gebäude diesem zugerechnet, wenn es nicht mehr als 200 m davon entfernt liegt. Für die Bestimmung der morphologischen Agglomerationen in der Europakarte wurde auf die entsprechende Abgrenzung des Network on Urban Research in the European Union (N.U.R.E.C.) zurückgegriffen.

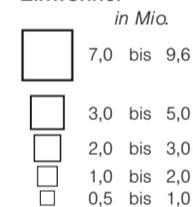
Dieses Konzept erlaubt auch die Bestimmung von grenzüberschreitenden Ballungsräumen. Insgesamt sind in der Karte vier solcher Agglomerationen ausgewiesen, von denen allerdings zwei durch die Kombination mit Monaco bzw. dem Vatikanstaat entstehen. Die Anwendung dieses einheitlichen Abgrenzungskriteriums kann auch zu unerwarteten Agglomerationskonstrukten führen. So erscheint der gesamte Raum zwischen Antwerpen, Brüssel und dem nordfranzösischen Lille als eine zusammenhängende Agglomeration mit relativ geringer Bevölkerungsdichte.

Der zusätzlich dargestellte Indikator der Bevölkerungsdichte weist auf unterschiedliche Strukturen innerhalb der Siedlungskörper hin. Während z.B. im südlichen Europa hohe Bau- und Wohndichten – mit Spitzenwerten in Barcelona und Neapel – vorherrschen, ist im nördlichen Europa häufig die lockerere Bebauung durch einen höheren Anteil an Einfamilienhäusern bedingt.

### 3 Agglomerationen über 500 Tsd. Einwohner in der Europäischen Union 1994 nach den Abgrenzungskriterien von N.U.R.E.C.

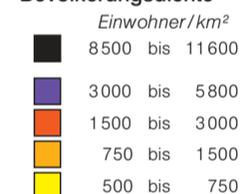


#### Einwohner



flächenproportionale Darstellung der Mittelwerte jeder Klasse

#### Bevölkerungsdichte



#### Bezeichnung der Agglomerationen

Berlin/Potsdam Name einer Agglomeration

Aachen/M. Name einer grenzüberschreitenden Agglomeration

Die Agglomerationen der Staaten Griechenland und Irland wurden bei der Abgrenzung nach den vorliegenden Kriterien nicht berücksichtigt.

EU-Mitgliedsstaat 1994

#### Abkürzungen:

Aachen/M. Aachen/Maastricht  
 C./N. a. B. Coventry/Nuneaton and Bedworth  
 Hann. Hannover  
 Mannheim/Ludw'hn. a.Rh. Mannheim/Ludwigshafen am Rhein  
 Rh.-Ruhr-Aggl. Rhein-Ruhr-Agglomeration  
 Rott./D.H. Rotterdam/Den Haag

Maßstab 1 : 20 000 000

Autor: W.Kraus

© Institut für Länderkunde, Leipzig 2002



Heidelberg

Jahren zunächst in der sozialgeographisch ausgerichteten Stadtforschung mit ihrem starken Fokus auf die spezifischen Standortmuster und Flächenansprüche der Daseinsgrundfunktionen im städtisch geprägten Raum.

Beeinflusst von der angelsächsischen Urban Geography und ihrer Thematisierung aktueller sozialer Probleme (wie Armut, Ghettobildung und Rassenkonflikte) erfahren derzeit die Ausprägung städtischer Lebensstile oder **► Gentrifizierungsprozesse** Beachtung. Die seit den 1970er Jahren vornehmlich verhaltenswissenschaftlich fundierte Stadtgeographie befasst sich ebenso mit der Wahrnehmung und Bewertung städtischer Standorte wie mit den postulierten gruppenspezifischen Verhaltenskonsequenzen. Mit der Etablierung handlungszentrierter Konzepte rücken die Sinnintentionalität des handelnden Individuums und seine Einbindung in übergeordnete Systemzusammenhänge in den Blickpunkt (nach HEINEBERG 2001).

Wichtig ist, dass die geschilderten Entwicklungsphasen sich nicht etwa nacheinander ablösen, sondern jeweils zeitspezifische Schwerpunkte darstellen, die auch nachfolgend wieder aufgegriffen und anders akzentuiert wurden. Damit haben sich früh entwickelte Ansätze in der Gegenwart keineswegs überholt, sondern besitzen auch in aktuellen Fragestellungen, Anwendungen und Analysemethoden ihren Stellenwert.

Neben diesem Ineinandergreifen unterschiedlicher perspektivischer Zugänge ist die Berücksichtigung verschiedener räumlicher und zeitlicher Bezugssysteme ein weiteres konstitutives Kennzeichen stadtgeographischer Untersuchungen. Nach ihrer räumlichen Dimensionierung lassen sich zwischenstädtische und innerstädtische Systeme

voneinander unterscheiden. Sie untergliedern sich jeweils wiederum in Mikro-, Meso- und Makroebenen mit maßstabsspezifischen Fragestellungen (vgl. HEINEBERG 2001, Abb. 1.3). Auf der innerstädtischen Mikroebene rücken z.B. Straßenabschnitte oder Einzelhandlungsstandorte, auf der Mesoebene Stadtviertel und auf der Makroebene gesamtstädtische Phänomene bzw. Untersuchungsschwerpunkte in den Vordergrund. Im zwischenstädtischen System entsprechen den intraregionalen, nationalen/interregionalen und globalen/internationalen Ebenen solche Themen wie Pendler- und Erholungsverhalten, Ausweisung regionaler Stadttypen oder Fragen der globalen Verstärkung.

Die zeitliche Dimension erfährt methodologisch u.a. bei Prozessanalysen, Längs- und Querschnittstudien sowie bei der Betrachtung zyklischer und rhythmischer Phänomene eine angemessene Berücksichtigung.

### Die Entwicklung der Städte und des Städtesystems

Die ältesten Städte auf deutschem Boden sind römischen Ursprungs wie z.B. Colonia Augusta Treverorum, Aquae Granni oder Colonia Claudia Ara Agrippinensium, aus denen später Trier, Aachen und Köln hervorgingen. Ob nach dem Abzug der Römer bis zu der Entwicklung der mittelalterlichen Stadt Siedlungskontinuität bestand, ist nicht für alle römischen Gründungen eindeutig geklärt. Basierend auf frühmittelalterlichen Keimzellen (Königshöfen, Domburgen, Klosterburgen, kaufmännischen Siedlungen), setzte ab dem 10. Jh. die Phase der mittelalterlichen Stadtgründungen ein (**► Beitrag Hahn, S. 82**). Die ältesten Städte im rechtlichen Sinne waren Bischofssitze, die an strategisch wichtigen Standorten wie



Flussübergängen und alten Handelswegen gegründet wurden (**► Beitrag Hummel/Rinschede/Sprongl, S. 102**). Begünstigt durch die politische Zerrissenheit des deutschen Reiches und den florierenden Handel gründeten die Territorialherren insbesondere vom 13. bis 15. Jh. auch an weniger begünstigten Standorten eine Reihe von Städten, die nicht über ein lebensnotwendiges Umland verfügten. Es folgte bis zum 17. Jh. eine Desurbanisierungsphase (Agrarkrise, Pest, Kriege) mit starkem Bevölkerungsrückgang. Viele der erst im Hochmittelalter gegründeten Städte wurden wieder zu Ackerbürgerstädten, und weitere Neugründungen unterblieben. Erst im 16. bis 18. Jh. wurde mit den Residenz-, Festungs- oder Garnisonsstädten wieder eine Reihe von Städten wie z.B. Mannheim, Karlsruhe oder Neustrelitz

gegründet (**► Beitrag Hahn, S. 86**) **4**. Zu Beginn des 19. Jhs. hatten viele deutsche Städte die Einwohnerzahl des Mittelalters noch nicht wieder erreicht.

### Wandel des Städtesystems durch die Industrialisierung

Technische, ökonomische, demographische und gesellschaftliche Veränderungen leiteten zu Beginn des 19. Jhs. in Deutschland die Industrialisierung ein. Die Bevölkerung wuchs von 1816 bis 1914 von 25 auf 68 Mio. Einwohner an. Aufgrund dieses großen Wachstums und hoher Zuwanderungsraten aus den ländlichen Regionen nahm vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. die Verstärkung stark zu, d.h. die Vermehrung, Ausdehnung und Vergrößerung der Städte nach Zahl, Fläche und Einwohnern, sowohl absolut →



Gartenstadt Margarethenhöhe, Essen

als auch im Verhältnis zur ländlichen Bevölkerung **5**.

Insbesondere in der Periode der Hochindustrialisierung zwischen 1850 und 1920 veränderte sich das deutsche Städtensystem grundlegend (► [Beitrag Wehling, S. 108](#)). Es wurden im Vergleich zu den vorausgehenden Jahrhunderten wieder mehr Städte gegründet. Noch wichtiger war aber die Zuwanderung in die neuen Industriezentren. Die alten am Hellweg gelegenen Städte Essen und Dortmund oder Berlin erlebten in dieser Zeit einen ungeheuren Bedeutungszuwachs. Das Städtewachstum wurde nicht mehr durch territorialpolitische, sondern durch ökonomische Kräfte beeinflusst.

Zunächst erfolgte die Siedlungserweiterung noch innerhalb der mittelalterlichen und absolutistischen Befestigungsanlagen (Stadtmauern, Tore, Wälle, Gräben), die jedoch spätestens mit dem Ende der Befreiungskriege 1815 ihre militärische Funktion eingebüßt hatten. Der wachsende Bevölkerungsdruck ließ die Schleifung der Befestigungsanlagen, die die Ausweitung und Entwicklung der Städte behinderten, unumgänglich werden. In Frankfurt wurden die Befestigungen 1804 bis 1812, in Berlin 1867 und in Köln 1875 geschleift und durch breite Ringstraßen, Promenaden oder Parkanlagen ersetzt. Erst jetzt konnten Vorstädte, die für niedere Stände und störende Gewerbebetriebe bereits seit dem Hochmittelalter vor den Toren entstanden waren, in die Städte einbezogen werden, und neue Vorstädte entstanden. Ab ca. 1870 erfolgte außerdem eine bauliche Verdichtung durch den Bau höherer Häuser (Mietskasernen). In der zweiten Hälfte des 19. Jhs. erreichten die deutschen Städte ihre höchste Bevölkerungsdichte.

Die Städte wuchsen auch durch Veränderungen der Stadtgrenzen, d.h. durch Eingemeindungen. In den deutschen Großstädten entfiel Ende des 19. Jhs. durchschnittlich ein Viertel der Bevölkerungszunahme auf Eingemeindungen, und von 1871 bis 1910 hat sich die Gemarkungsfläche der damals 48 Großstädte mehr als verdoppelt.

Der Liberalismus des 19. Jhs. verhin- derte, dass der Staat grundsätzliche Vorstellungen über die anzustrebende räum-

liche Ordnung entwickelte. Gleichwohl haben die deutschen Einzelstaaten und das Deutsche Reich nach 1871 insbesondere durch die Verkehrspolitik (Eisenbahn-, Straßen-, Kanal-, Binnen- und Seehafenbau) (► [Beitrag Nuhn/Pries, S. 94](#)) und die Verteilung der Garnisonen (► [Beitrag Pez/Sachs, S. 104](#)) Einfluss auf die Standorte der wirtschaftlichen Entwicklung genommen. Auch das innere Wachstum der Städte erfolgte lange Zeit weitgehend unkontrolliert. Erst als die Nachteile des ungeplanten und ungeordneten Siedlungsbaus immer stärker zutage traten, wurden gegen Ende des 19. Jhs. die ersten baurechtlichen Bestimmungen in Form von Fluchtlinienvorschriften erlassen.

**Städtebau nach dem Ersten Weltkrieg**  
Kriegsheimkehrer und die damit verbundene Phase vieler Familiengründungen in den Nachkriegsjahren sowie das Bevölkerungswachstum in den Zwischenkriegsjahren (Deutsches Reich 1919: 60,9 Mio., 1935: 66,8 Mio.) haben einen Wandel in Städtebau und Architektur bewirkt. Die Voraussetzungen für eine Wende waren zu Beginn der 1920er Jahre günstig. Der Zusammenbruch der bestehenden politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen eröffnete allem Neuen die Möglichkeit zur Entfaltung. Das Städtewachstum verlangsamte sich im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahrzehnten, und die Städte wuchsen nicht mehr so unkontrolliert wie zur Zeit der Industrialisierung, sondern stärker auf der Grundlage der von den Gemeinden aufgestellten Generalpläne. Gleichzeitig ging der Wohnungsbau von den Erschließungsgesellschaften und den privaten Investoren der Gründerzeit immer mehr in die Hand kommunaler Bauträger über, die Siedlungen in einer bis dato nicht bekannten Größenordnung planten und bauten. Architektonische und städtebauliche Vorstellungen, die teilweise schon vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt worden waren, konnten damit realisiert werden. Es fand eine Abkehr von der Mietskasernen des 19. Jhs. statt, die starre Bindung an das Blocksystem wurde aufgegeben und den Freiräumen ein hoher Stellenwert eingeräumt. Die systematische Anwendung des Zeilenbaus seit Mitte der 1920er Jahre erzielte eine grundlegende Veränderung der Siedlungsgrundrisse. In den Freiräumen zwischen den Häuserzeilen wurden Spiel- und Erholungsflächen für alle Mieter der Wohnsiedlungen integriert. Eine ähnliche Aufwertung von Freiflächen erzielte die Raumbildung durch Baugruppen. Zeilen- oder Kettenhäuser umschließen

## **5** Einwohnerzahl ausgewählter Großstädte 1960-2000 *in Tsd.*

Stadt	30.06.1960	31.12.1970	30.06.1980	30.06.1990	30.12.2000
Hannover	572,3	521,0	535,1	509,8	515,0
Köln	789,3	849,5	976,8	950,2	962,9
Essen	727,3	696,4	650,2	626,1	595,2
Frankfurt am Main	666,5	666,2	629,2	641,3	646,6
München	1079,4	1312,0	1298,9	1219,6	1210,2
Hamburg	k.A.	1793,6	1645,1	1652,3	1715,4
Leipzig	594,8	583,8	559,5	553,7	493,2

freie, in der Regel begrünte Räume, die oval, quadratisch oder rechteckig sein können. Die Errichtung großer Wohnsiedlungen fand 1929 mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ein abruptes Ende. Insbesondere seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 erlebte der Bau von Kleinsiedlungen, meist am Rand von Großstädten, einen neuen Aufschwung. Der Bau der Siedlungen sollte helfen, die hohe Zahl der Arbeitslosen abzubauen, und die Nutzgärten sollten das Existenzminimum der Siedlerfamilien sichern.

Die katastrophalen Zerstörungen insbesondere der großen Städte während des Zweiten Weltkriegs (► [Beitrag Bode, S. 88](#)) und der große Zustrom von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen erforderten einen schnellen Wiederaufbau der Städte. Dabei kam es nur in einzelnen Fällen zu Veränderungen des früheren Straßennetzes. In den 1950er Jahren wurden zunächst überwiegend in den zerstörten Stadtvierteln Wohn- und Geschäftsgebäude sowie Gewerbe- und Industriegebäude wieder aufgebaut. Der weitere Ausbau der Städte erfolgte nach dem Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, die – beeinflusst durch die Charta von Athen (► [Beitrag Wiegandt, S. 148](#)) – eine räumliche Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten und Verkehr vorsah (GÖDERITZ/RAINER/HOFFMANN 1957). In den 1960er und 1970er Jahren entstanden überwiegend an den Stadträndern Großwohnsiedlungen für bis zu 50.000 Menschen (► [Beitrag Breuer/Müller, S. 130](#)). Seit den 1970er Jahren wurden zudem umfangreiche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Bereich bereits bestehender Siedlungen auf der Grundlage des 1971 verabschiedeten Städtebauförderungsgesetzes durchgeführt (► [Beitrag Hohn/Hohn, S. 116](#)). Im

nächsten Jahrzehnt fand dagegen in Westdeutschland eine Abkehr von den Großwohnsiedlungen statt. In der Folge wurden überwiegend kleinere Wohnungsbauprojekte realisiert, und es vollzog sich eine bis heute andauernde Differenzierung des Wohnungsmarktes (► [Beiträge Sailer, S. 44 und 46](#)). In der DDR hielt dagegen der Wohnungsbau in industriell vorgefertigten Großwohnsiedlungen bis zur Wende an.

### **Herausbildung des Städtensystems**

Die arbeitsteilige Organisation zwischen Städten und ihre Beziehungen zueinander werden als Städtensystem bezeichnet (► [Beitrag Blotevogel, S. 40](#)). Für Deutschland insgesamt ergibt sich eine ausgewogene regionale Verteilung. Neben den drei Millionenstädten Berlin (3,4 Mio. Ew.), Hamburg (1,7 Mio.) und München (1,2 Mio.), gefolgt von Köln (0,96 Mio.), steht eine Vielzahl weiterer Großstädte (1997). Von den 82 Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern liegen nur zwölf in den neuen Ländern. Es fehlt die dominante Metropole, die Paris für Frankreich oder London für Großbritannien darstellen. Berlin hatte diese Rolle zwar bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs inne, hat sie aber nach der deutschen Teilung wieder verloren. Da seitdem zahlreiche Funktionen auf Städte im Westen übergingen (z.B. Bonn als langjährige Hauptstadt, Frankfurt als Finanzzentrum, München als Technologie- und Medienstandort), bleibt abzuwarten, ob die Stadt nach der Übernahme der Hauptstadtfunktion wieder an ihre alte Rolle als dominantes Zentrum anknüpfen kann (► [Beiträge Leupolt, S. 160; Freitag, S. 164](#)) oder aufgrund ihrer geringen wirtschaftlichen Bedeutung lediglich eine große Regionalmetropole mit Hauptstadtfunktion bleibt (► [Beitrag Beyer u.a.,](#)



Prichsenstadt, eine Kleinstadt in Unterfranken

S. 166) (BLOTEVOGEL 1982; BLOTEVOGEL 1996; BLOTEVOGEL/HOMMEL 1980; GATZWEILER 1996).

In den neuen Ländern ist das Städte-system nicht im gleichen Maße ausgeglichen, hier steht einem städereichen Süden der städtearme Norden gegenüber. Im Großen und Ganzen stärkt jedoch die föderalistische Struktur Deutschlands die Bedeutung der regionalen Zentren nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch bezüglich ihrer funktionalen Spezialisierungen (▶ Beitrag Bode/Burdack, S. 96). Auch weniger große Städte wie Gütersloh, Bielefeld, Erfurt oder Schwerin können Sitz von Unternehmensverwaltungen oder Landeshauptstädte sein (▶ Beitrag Gotterbarm, S. 156). Sie erfüllen nicht selten bedeutende Funktionen für Menschen aus einem sehr großen Einzugsgebiet. Dieses gilt auch z.B. für Universitätsstädte (▶ Beitrag Sailer, S. 92), Bischofs- und Wallfahrtsstädte (▶ Beitrag Hummel/Rinschede/Sprongl, S. 102) sowie Bäder (▶ Beitrag Jentsch/Schürle, S. 98) und Touristenstädte (▶ Beitrag Pez, S. 100).

**Die innere Differenzierung der Städte**  
Seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich die deutschen Städte auch in ihrer Binnenstruktur zunehmend differenziert. Neben der idealtypisch ringförmigen Ausdehnung mit einem Altstadtkern, einem daran anschließenden Wohn- und Gewerbegebiet und einem Suburbanisierungsring waren besonders in Städten mit hohem Druck auf den Immobilienmarkt ▶ Segregations- und Gentrifizierungstendenzen einzelner Wohnviertel zu verzeichnen (▶ Beiträge Glebe, S. 142 und Friedrichs/Kecskes, S. 140) 6. Diese lassen sich besonders deutlich durch eine Konzentration von Ausländerbevölkerung und ihrer spezifischen Einrichtungen (▶ Beiträge Langenhagen-Rohrbach/Scheller/Wolf, S. 120 und Schmitt, S. 154) sowie durch die Verbreitung von sanierungsbedürftigem Wohnungsbestand bzw. von luxussanierten Altbauwohnungen nachzeichnen (▶ Beitrag Hohn/Hohn, S. 116).

Die Zentren der meisten Städte (Cities) durchliefen seit der Nachkriegszeit

mehrere Phasen. Die Expansion der City- und Bürofunktionen mit der Verdrängung von Wohnbevölkerung und Kommunikationsmöglichkeiten ging einher mit einer Monofunktionalisierung, begleitet von der in Westdeutschland viel beklagten „Verödung der Innenstädte“ in den 1970er Jahren. Mit der Welle der Gentrifizierung statushoher Innenstadtrandlagen seit den 1980er Jahren (▶ Beitrag Friedrichs/Kecskes, S. 140) erfolgte jedoch auch die Sanierung von Citybereichen und die Revitalisierung der Innenstädte bis hin zur Festivalisierung der Fußgängerzonen sowie dem Event-Tourismus der Städtereisen (▶ Beiträge Freund, S. 136, Monheim, S. 132). In den 1990er Jahren vollzogen die Städte Ostdeutschlands teilweise diese Entwicklungen nach, wobei es jedoch wegen der schrumpfenden Bevölkerungszahlen bei gleichzeitigem hohem Suburbanisierungsdruck zu umfangreichen Leerständen sowohl bei Wohn- als auch bei Büronutzungen in den Innenstädten kam (▶ Beiträge Sailer, S. 44ff., Jessen S. 152). Gleichzeitig mit der Expansion von städtischen Siedlungsflächen (▶ Karte S. 11) erhöhten sich in kleinen und großen Städten auch der Versiegelungsgrad und damit die ökologischen Folgewirkungen der Verstädterung (▶ Beitrag Arlt/ Heber/ Lehmann/ Schumacher, S. 122).

#### Entwicklung der Stadt-Umland-Beziehungen

Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jhs. verlegten wohlhabende Familien ihren Wohnsitz aus den Städten in das Umland, und ab ca. 1860 ermöglichten Pferdeomnibusse und Eisenbahnen die Errichtung erster Villenkolonien am Rande der Städte. Im 20. Jh., insbesondere aber seit den 1960er Jahren, bewirkten die steigende individuelle Motorisierung, die Förderung des Eigenheimbaus und der zunehmende Wohlstand, dass immer mehr Menschen ihren Wohnsitz aus der Kernstadt in das Umland verlagerten. Diese Wanderungen waren selektiv, da meist junge Familien mit vergleichsweise hohen Wohnflächenansprüchen und dem

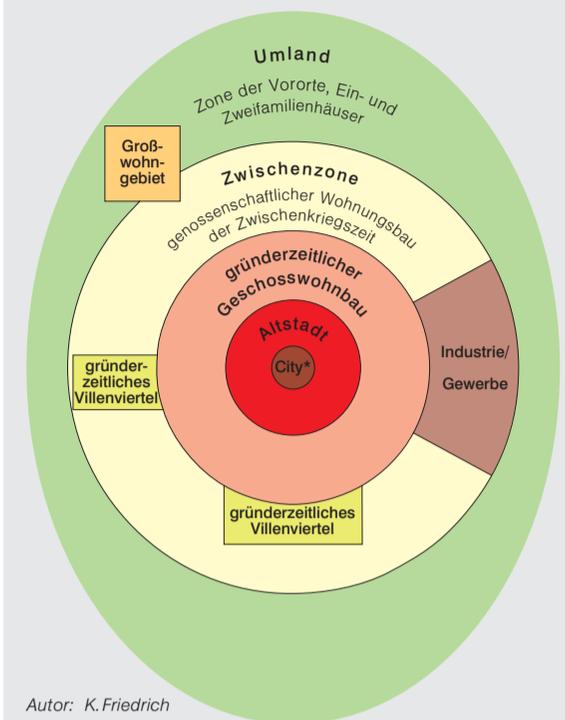
Wunsch nach bezahlbaren Mietpreisen an der Kern-Rand-Wanderung teilnahmen. In den Städten blieben eher ältere, immobile und statusniedere Personengruppen zurück (▶ Beitrag Glebe, S. 142). Im Umland waren die Geburtenraten höher als in den Kernstädten, die vergleichsweise hohe Sterberaten hatten. Das Umland wuchs somit weit schneller als die Kernstädte, deren Bevölkerung häufig sogar rückläufig war 7 (GAEBE 1987).

Die Kernstädte waren zunächst aufgrund des hohen Arbeitskräftepotenzials und guter Absatzmöglichkeiten die bevorzugten Industriestandorte. Nutzungskonflikte in den dicht bebauten Städten und fehlende Expansionsmöglichkeiten führten bereits im 19. Jh. zu der Verlagerung der ersten Betriebe in das Umland. Der Ausbau des Bahnnetzes und die Entwicklung des Transportwesens per Lkw und Container förderten diese Tendenz im 20. Jh. Seit den 1960er Jahren entstanden zudem immer mehr Dienstleistungseinrichtungen (Unternehmensverwaltungen, Einzelhandel) im Umland der Städte. Die Verlagerung des Wachstumsschwerpunktes von der Kernstadt in das Umland wird als Suburbanisierung bezeichnet (▶ Beiträge Franz, S. 128, Herfert/Schulz, S. 124; Jürgens, S. 72).

Die Stadt und ihr Umland sind durch vielfältige sozio-ökonomische, sozio-kulturelle und ökologische Beziehungen miteinander verknüpft. Die Städte stellen Arbeitsplätze, kulturelle und soziale Infrastrukturleistungen sowie Konsumgüter bereit; außerdem üben sie Verwaltungsfunktionen auch für die Bevölkerung des suburbanen Raums aus, während das Umland Wohnstandort und ökologischer Ausgleichsraum ist und der Naherholung dient. Die Abgrenzung der Agglomerationen, die durch Kernstadt und Umland gebildet werden, ist schwierig, da der Übergang zum umgebenden ländlichen Raum fließend ist.

Ausgehend von der Überlegung, dass die Agglomerationen bei ungesteuerter räumlicher Entwicklung unaufhaltsam zu Lasten der ländlichen Räume wachsen würden, beschäftigten sich seit Be-

## 6 Modell der Gliederung der deutschen Stadt



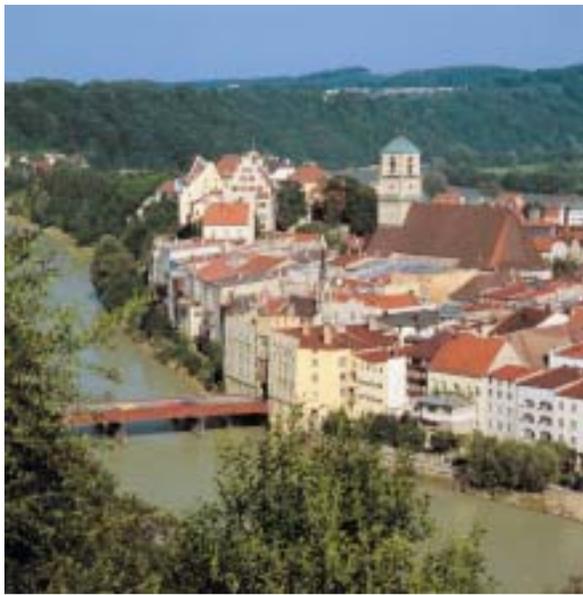
Autor: K. Friedrich

© Institut für Länderkunde, Leipzig 2002 \* City oder Hauptgeschäftsbereich

ginn der 1960er Jahre Gutachten mit der Abgrenzung von Verdichtungsräumen (▶ Beiträge Böltken/Stiens, S. 30; Stiens, S. 36). Diese entwickelten Maßnahmen zur Eindämmung der negativen Folgen großer Agglomerationen (z.B. Zersiedelung, hohes Verkehrsaufkommen). 1968 wies die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) für die damalige Bundesrepublik erstmals 24 Verdichtungsräume aus. Wichtige Bestimmungsmerkmale waren zunächst die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte und eine positive Bevölkerungsentwicklung zwischen 1961 und 1967, seit 1970 aber nur noch die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte bei gleichzeitiger Mindestfläche von 100 km<sup>2</sup>, Mindesteinwohnerzahl von 150.000 und Mindesteinwohnerdichte von 1000 Ew./km<sup>2</sup>. Im Mai 1970 hatten die 24 Verdichtungsräume einen Anteil von 7,3% an der Fläche des Bundesgebietes (ohne Berlin), aber von 45,5% an der Bevölkerung und von 55,4% an den Beschäftigten. In Anlehnung an das erste Raumordnungsgesetz von 1965 wurde allgemein eine Verdichtung von Wohn- und Arbeitsstätten angestrebt, wenn diese dazu beitrug, räumliche Strukturen mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen →

## 7 Zunahme der städtischen Bevölkerung 1871 - 1925

Jahr	Anteil der Bevölkerung in den Gemeinden mit ...		
	weniger als 2000 Ew. (ländliche Bevölkerung)	mehr als 2000 Ew. (städtische Bevölkerung)	mehr als 100000 Ew. (Großstädte)
1871	62,6	37,4	5,4
1900	43,9	56,1	17,2
1910	38,3	61,7	22,8
1925	35,4	64,6	26,6



Wasserburg am Inn

sowie ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen zu erhalten, zu verbessern oder zu schaffen (► Beitrag Pfaffenbach, S. 70). Nachdem bereits in den 1970er und 1980er Jahren eine Reihe von Vorschlägen zur Überarbeitung des Konzepts vorgelegt worden waren, wurden 1993 die Verdichtungsräume, die in der Regel immer noch mehr als 150.000 Einwohner in einem zusammenhängenden Gebiet aufweisen sollten, aufgrund der beiden Indikatoren Siedlungsdichte (Einwohner je km<sup>2</sup> Siedlungsfläche ohne Verkehrsfläche 1987/85) und Siedlungsflächenanteil (Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der gesamten Gemarkungsfläche 1985) neu abgegrenzt. In den neuen Ländern sind die Verdichtungsräume anhand vergleichbarer Kriterien und durch Gutachten bestimmt worden. In der jüngsten Abgrenzung von 1993 hatten die Verdichtungsräume einen Flächenanteil von 11% am Bundesgebiet. Hier lebten ca. 50% der Bevölkerung.

### Raumordnung – der staatliche Einfluss

Die räumliche Entwicklung wird durch die Raumordnungspolitik beeinflusst. In Deutschland gewann die Raumordnung gegen Ende des Ersten Weltkriegs an Bedeutung. In besonders stark verstädterten Regionen entstanden Planungsverbände zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, wie z.B. 1912 der Verband Groß-Berlin und 1920 der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. Der Staat schaltete sich nur allmählich in Planungsaufgaben ein, die zunächst fast ausschließlich von den Kommunen wahrgenommen wurden. Dieses änderte sich, als ab 1933 die Raumordnung zur Erreichung der politischen Ziele des totalitären Systems instrumentalisiert wurde. Der Verlauf der Autobahnen und die Standorte von Flughäfen und Rüstungsindustrien, aber auch von Feriensiedlungen und neuen Städten, wie das 1938 in der Reichsmittel gegründete Wolfsburg (► Beitrag Pudemat, S. 106), wurden vom Staat bestimmt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich in der Bundesrepublik Deutschland eine vierstufige Gliederung der Raumplanung durch: Bundesraumordnung, Landesplanung, Regionalplanung und Bauleitplanung der Gemeinden. Art. 75 Nr. 4 GG weist dem Bund die Rahmenkompetenz zu. Im Raumordnungsgesetz von 1965 und im Bundesraumordnungsprogramm von 1975 wurden die Ziele der Raumordnung definiert. Wichtiges Ziel war die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen. Die Ausweisung von zentralen Orten, in denen die staatliche Infrastruktur zu bündeln war, sollte zur Realisierung dieses Ziels beitragen. Ein zentraler Ort stellt Güter und Dienstleistungen auch für das Umland bereit. Die hierarchische Stufung in Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren sollte die Versorgung der Bevölkerung in allen Landesteilen sicherstellen. Die zentralen Orte sind durch Entwicklungsachsen miteinander verbunden (► Beitrag Sachs, S. 34) (GÜSSEFELDT 1997).

Die staatliche Raumplanung hat jedoch fast nie die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden (8) beschnitten. Diese ist in Artikel 28 des Grundgesetzes geregelt und garantiert, dass die Gemeinden alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze selbst regeln dürfen. Die Ausgaben der Gemeinden werden in den kommunalen Haushalten geregelt, die u.a. Personalausgaben, soziale Leistungen, Sachinvestitionen und Zinszahlungen umfassen (► Beitrag Kaiser, S. 112).

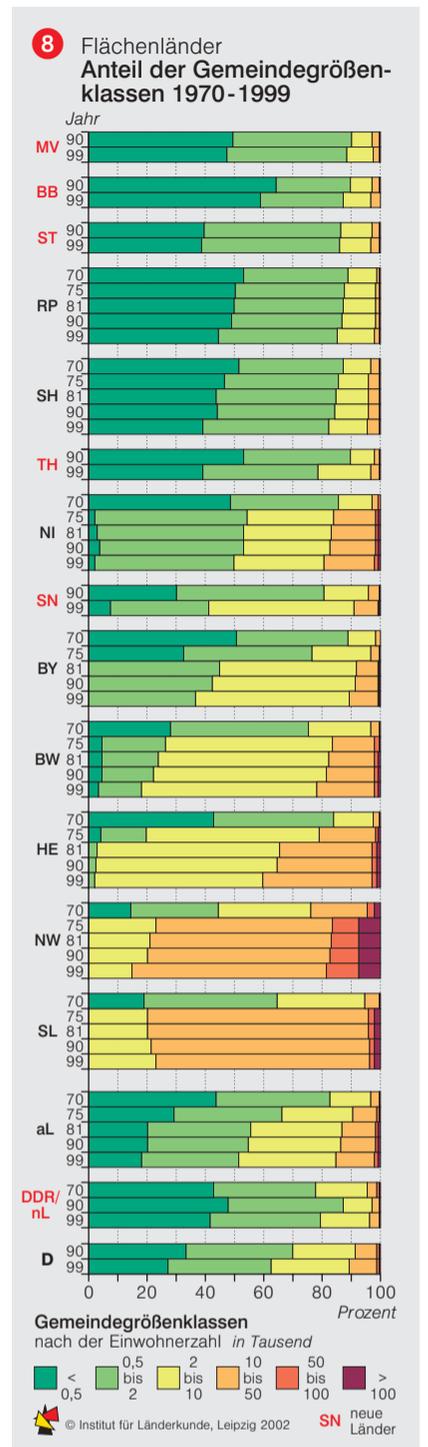
Auch in der DDR wurde das Siedlungssystem auf der Basis der Zentrale-Orte-Theorie weiterentwickelt. Darüber hinaus wurde das Planungssystem der Sowjetunion, das auf der marxistischen Gesellschaftstheorie basiert, übernommen. Die Territorialplanung war ein integrierter Bestandteil der Volkswirtschaftsplanung und hatte die Aufgabe, planmäßig eine optimale territoriale Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, d.h. aller Bereiche der Gesellschaft, herbeizuführen. Bis in die 1960er Jahre wurden der Bedeutungsrückgang der Ballungsgebiete und eine damit verbundene ► Deglomeration sowie die Industrialisierung der nördlichen Agrargebiete angestrebt. Ein Arbeitskräftedefizit in den Ballungsgebieten zwang jedoch in den 1970er Jahren zu deren Aufwertung. Mit den wachsenden wirtschaftlichen Problemen klammerten die Jahres- und Fünfjahrespläne zudem immer mehr Bereiche aus der Planung aus (Umwelt, Stadtzentren) und konzentrierten sich auf wenige ausgewählte Programme (Wohnungsbau, Kohle- und Energieprogramm).

Angesichts der außerordentlich großen räumlichen Ungleichgewichte zwischen dem Ost- und Westteil der Bundesrepublik wurde im November 1992 vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Raumordnungspolitische Orientierungs- und Handlungsrahmen aufgestellt, an dem die Länder mitgewirkt haben und der von der MKRO zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Er formuliert die Aufgaben der Bundesraumordnungspolitik anhand der fünf Leitbilder Siedlungsstruktur, Umwelt und Raumnutzung, Verkehr, Europa sowie Ordnung und Entwicklung. Besondere Bedeutung wird dem Ausbau und der Stärkung einer dezentralen Raum- und Siedlungsstruktur beigemessen. Die räumliche Verteilung der großen Zentren wie auch die günstige Entwicklung der kleinen und mittleren Industrie- und Dienstleistungszentren in den alten Ländern hat gezeigt, dass das Leitbild der dezentralen Konzentration in hohem Maße den Wohn- und Standortwünschen von Wirtschaft und Bevölkerung entspricht. In den neuen Ländern soll die Funktionsfähigkeit der Siedlungsstruktur durch Stärkung und Entwicklung des Netzes zentraler Orte gewährleistet werden. Wichtige Ziele des Raumordnungsgesetzes in der Fassung von 1998 sind die in §1 genannten Leitvorstellungen gleichwertiger Lebensverhältnisse der Menschen in allen Teilräumen und der Ausgleich der räumlichen und strukturellen Ungleichgewichte zwischen den bis zur Herstellung der Einheit Deutschlands getrennten Gebieten.

### Regionale Besonderheiten der Städte

Schon Wilhelm Heinrich RIEHL betont in seiner "Naturgeschichte des Volkes" Mitte des 19. Jhs., dass es nicht den einheitlichen Typus der deutschen Stadt schlechthin gebe, sondern „allerlei Stadt“. Er unterscheidet regionale Typen, die jeweils ein spezifisches Verhältnis von Stadt und Land in Abhängigkeit „der deutschen Landstriche [...] durch unverlöschliche Naturunterschiede“ kennzeichnet (1899, S. 89-92; 1. Aufl. 1853).

Der Regionalisierungsansatz von RIEHL ist – bei aller Kritik, die er erfahren hat – vermutlich der erste Versuch, deutsche Städtelandschaften zu unterscheiden, wobei er bereits Differenzierungen als in der Vergangenheit angelegte ► Persistenzerscheinungen identifiziert, die vor allem in den historischen



Altstadtkernen der Städte bis in die Gegenwart nachwirken.

### Persistente Stadtstrukturen aus der Zeit vor dem 19. Jh.

Von ihrer baulichen Beschaffenheit sind die aus dem Mittelalter ererbten Städte in Deutschland ganz wesentlich das Abbild des Baumaterials, mit dem sie errichtet wurden. Die in früheren Jahrhunderten extrem hohen Transportkosten führten dazu, dass man vorwiegend die in der unmittelbaren Umgebung vorhandenen Baustoffe verwendete. So spiegeln sich die geologischen Bedingungen einer Region auch im Baubestand ihrer Städte wider.

Besonders eindrucksvolle Zeugen dieser Rahmenbedingungen sind die Backsteinkathedralen in den glazial überformten Gebieten Norddeutsch-

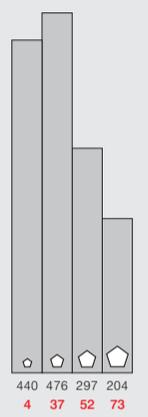
# Kleinstädte 2001

## Stadtrechtsgemeinden < 20 000 Einwohner

### Größe nach der Einwohnerzahl 2000 in Tsd.

- 15 bis 20 große Kleinstadt
- 10 bis 15 mittlere Kleinstadt
- 5 bis 10 kleine Kleinstadt
- < 5 Zwerg- und Landstadt

### Häufigkeit der Klassen



37 Anteil der Stadtrechtsgemeinden an allen Gemeinden dieser Größenklasse in Prozent

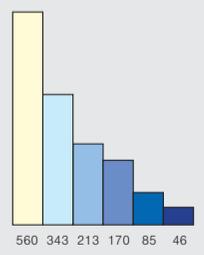
### Ausgewählte zentralörtliche Funktionen 2001

- Kreissitz
- Krankenhaus
- Volkshochschule
- Amtsgericht
- Gymnasium

### Anzahl der Funktionen

- 5
  - 4
  - 3
  - 2
  - 1
  - keine
- Beschriftet sind Städte, die alle 5 Funktionen aufweisen.*

### Häufigkeit der Klassen



- orange verstädterter Raum (Kernstädte, hochverdichtete und verdichtete Kreise)
- grün ländlicher Raum (ländliche Kreise)

- Staatsgrenze
- Ländergrenze
- Siedlungsfläche von Städten > 100 000 Einw.
- Landeshauptstadt

Autoren: V. Bode, C. Hanewinkel

lands und des Alpenvorlandes, wo mangels geeigneter **▶ autochthoner** Baustoffe gebrannte Ziegel selbst für repräsentative Sakralbauten Verwendung fanden. Die Backsteingotik wird z.B. verkörpert von der Marienkirche in Lübeck (**▶ Beitrag Jöns/Köchling-Dietrich, Bd. 6, S. 144ff.**), der Domkirche in Schleswig, der Nikolaikirche in Stralsund, dem Dom in Schwerin, aber auch von der Französischen Klosterkirche in Berlin. Berlin ist hier insofern eine besonders interessante Stadt, als für die anfänglichen Kirchenbauten (Nikolaikirche) noch reichlich Steine und Findlinge aus der näheren Umgebung vorhanden waren und nach deren Abbau erst später auf Ziegel als Baustoff umgestellt wurde. Da man sich zuweilen den Luxus eines weiten Transports leisten wollte, bestehen viele spätere Kirchenbauten in Berlin aus Sandstein, der auf dem Wasserweg vom Elbsandsteingebirge antransportiert worden ist (HOFMEISTER 1969). Im ebenfalls durch **▶ glazigene Sedimente** geprägten Alpenvorland sind Backsteinkathedralen wie die St.-Martin-Kirche in Landshut oder die Frauenkirche in München als stadtbildprägende Elemente zu erwähnen.

Demgegenüber sind Städte inmitten sandsteinreicher Sedimentationsgebiete auch durch Repräsentativbauten aus diesem Baustoff entscheidend geprägt (HUTTENLOCHER 1963). Der Burgsand-

stein aus den Keuperschichten ist ebenso das Baumaterial für die Nürnberger Kaiserburg und die Lorenz- und Sebalduskirche wie für die gesamte mittelalterliche Stadtanlage von Rothenburg ob der Tauber. Heidelbergs Altstadt (**▶ Foto S. 15**) ist durch den tiefroten Buntsandstein geprägt; dies gilt ebenso für das Freiburger Münster, die Türme von Wertheim oder die Stadtmauern von Weil der Stadt in einer Werksteinprovinz, die den nördlichen Schwarzwald, den ganzen Odenwald und einen Gutteil des Oberrheinlandes umfasst.

Nicht nur für repräsentative Bauten, sondern für das gesamte ererbte Stadtbild treffen wir auf ein Abbild der geologischen Verhältnisse der jeweiligen Landschaft. So prägt die Schieferdachlandschaft vieler Städte in Nordhessen, im Thüringer Wald, im Frankenwald oder im Rheinischen Schiefergebirge in ihrer schwarzen Dürstheit diese Orte nachhaltig. Ein regionaler Sonderfall sind die Inn-Salzach-Städte mit ihrem charakteristischen Grabendach (**▶ Foto S. 18**). Derartige regionale Spezifika – insbesondere Baumaterial sowie Farbe und Material der Dachbedeckung – haben zwar seit Jahrzehnten die Tendenz, sich zu uniformieren. Aber über die Festlegungen in der Bauleitplanung und mit dem Werben für ein regionsspezifisches Bauen werden solche räumlichen

Unterschiede des Baustils wieder neu betont und sogar in Neubaugebieten vielfach offensiv wiederbelebt.

### Regionale Stadttypen

Die wohl differenzierteste Charakterisierung der regionalen Stadttypen in Deutschland verdanken wir SCHÖLLER (1967), der folgende „Städteprovinzen“ unterscheidet:

1. Fränkisches Städtewesen: mit einer hohen Stilsicherheit in der Gestaltung asymmetrischer Bauefüge und rhythmisch gegliederter Straßenzüge; Überwiegen des Fachwerks; leicht, bewegt und malerisch.

2. Bairische und alpenländische Stadt: eine rustikale Kraft und Derbheit des Baucharakters; Weite und Übersichtlichkeit des langgestreckten Einstraßenmarktes; einheitlich und wuchtig.

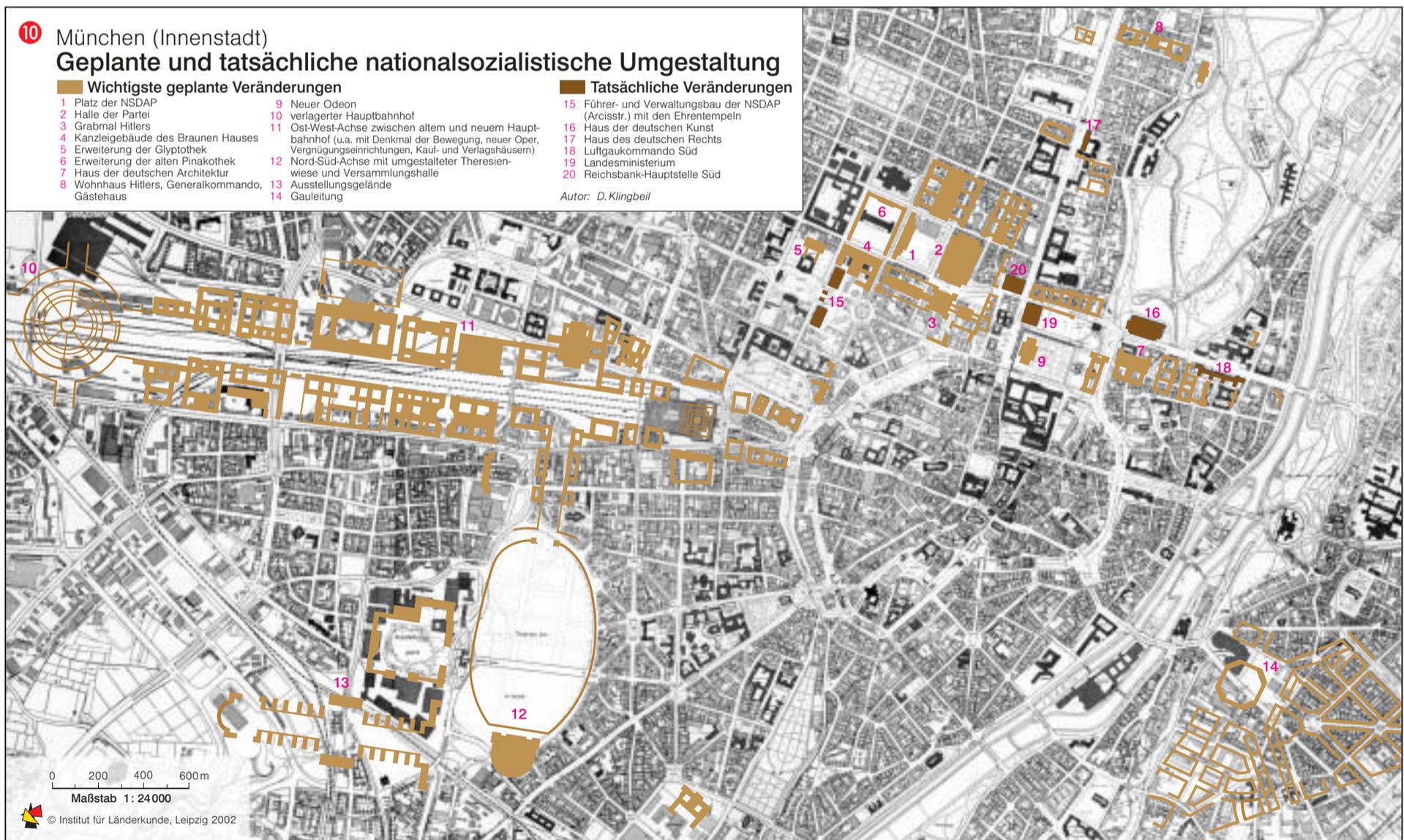
3. Die Städtegruppen Südwestdeutschlands: alemannischer Grundcharakter der Region; Gebiet urbaner Lebensformen; klein gekammerte Bereichsgliederung mit vier regionalen

Subtypen: (a) Oberschwaben: farbiger Ziegelbau; einheitliche Gestaltung der Straßen und Plätze bei gleichzeitiger Individualität der Einzelbauten; (b)

Neckarschwaben: Mischzone fränkisch-schwäbischer Formelemente; jedoch klarere Straßenfluchten, einheitlichere Platzfronten, breitere und massivere Bauten, ruhigere Formen; (c) Bodenseezone: leichteres, lebhafteres Bauteppament; Gebäude und Straßensbilder wirken bewegter und anmutiger; holzverschalter Dachüberhang als Leitform; (d) Oberrheingebiet: Fachwerkbau in vollendetster Durchformung; grazile Stützen über dem Erdgeschoss, reich gegliederte Erker, offene Stockwerksgalerien und asymmetrische Gruppierung der Fenster.

4. Mitteldeutsche Städtegruppen (Hessen, Thüringen, Obersachsen): vorwiegend kleinstädtische Strukturen; Überwiegen des Fachwerkbaus; viele Ackerbürgerstädte; größere Zahl von Bergstädten.

5. Westniederdeutsche Städte (Niederrhein, Westfalen, Niedersachsen):



Übergewicht des bürgerlich-kaufmännischen Elementes; Rathäuser, Zunfthäuser und Märkte bilden den Kern der niederdeutschen Stadt. Es werden drei regionale Subtypen unterschieden: (a) Niederrheinische Städtegruppe: Flandrisch-niederländischer Baueinfluss; Überwiegen des Steinbaus bei geraden Straßenfluchten, flächiger Fassadengestaltung und glattem Dachabschluss; (b) Westfalen: Sinn für konstruktive Form, Streben nach Wucht und Solidität; (c) Niedersachsen: Übergang von Backsteinbau über Fachwerk mit Backsteinfüllung bis zu Schmuckfachwerk; reiche Ausstattung und Dekoration; geschlossene Straßenfluchten mit Traufhäusern.

6. Deutsche Küstenstädte: Prägung durch den hansischen Städtebund; Bürgerstädte mit Übergewicht des Fernhandels; rechteckig von den Baublöcken ausgesparter Marktplatz; Gleichmaß schmalere und tiefer Parzellen; vertikale Betonung der Fronten der Backsteinbauten; sparsame Dekoration, konstruktive Durchgliederung.

7. Städte im ostelbischen Binnenland: märkische Backsteingotik; Verwendung von Formziegeln und glasierten Backsteinen.

Diese Differenzierung mag im Detail unbefriedigend sein. Es fließen natürlich viel Intuition und bloß qualitativ angedeutete, aber empirisch nicht näher belegte Eigenschaften in sie ein. Zudem ist sie, das sei gerne zugegeben, eine Dimension deutscher Stadtkultur, die in der Gegenwart eher im Abklingen ist. Gleichwohl zeichnet sie immer noch relevante Unterschiede in den deutschen Stadtlandschaften nach, die man bis in die Gegenwart erfahren kann. Eine Aussage wie „Wirkt die fränkische Stadt individuell und malerisch, so die bayerische einheitlich und wuchtig“ (SCHÖLLER 1967, S. 44) gibt eine Erfahrungs- und Beobachtungsdimension wieder, die erstaunlich viel Unterschiedlichkeit auf den Punkt bringt, ohne klischeehaft zu sein.

Neben der Vielfalt der Baumaterialien und Baustile sind auch, parallel zur territorialen Zugehörigkeit im Hoch- und Spätmittelalter, durch wirtschaftliche und politische Einflüsse gänzlich unterschiedliche Städtelandschaften entstanden. Das bezieht sich nicht allein auf Handelskooperationen, die, etwa über die Hanse, ihre durchweg wirtschaftlich wohlhabenden Hafentstädte auch über ihre bürgerlichen Repräsentativbauten prägten.

Es entstanden auch, und das ist ein deutsches Spezifikum, in den zahlreichen Kleinterritorien der Landesherren bereits zum Zeitpunkt der Stadtgründung recht kleine Siedlungen, die auch später nie weit über ihre mittelalterli-

che Ummauerung hinaus expandierten. Da zudem die Zahl solcher spätmittelalterlichen Stadtgründungen als Zwerg- und Minderstädte besonders groß ist, bildeten sich ganze Regionen heraus, die zwar eine extrem hohe Städtedichte aufweisen, jedoch lediglich aus solchen Kleinstädten bestehen. Diese Städte repräsentieren bis auf den heutigen Tag einen sehr malerisch-pittoresken Siedlungstyp, der infolge meist geringer wirtschaftlicher Dynamik seinen mittelalterlich anmutenden Baubestand noch in erstaunlicher Weise konserviert hat. In dieser Eigenschaft stellen diese Kleinstädtchen neuerdings ein nicht unerhebliches Kapital für den Tourismus dar, auch wenn sie funktional oft keine große Bedeutung haben <sup>9</sup>. Derartige „Kleinstadtlandschaften“ finden wir in Südniedersachsen ebenso wie z.B. in Nordhessen, in Thüringen und Franken, im Neckarland und im Allgäu.

Als Residenzstädte bildeten einige dieser kleineren Stadtgründungen (z.B. Ellingen, Oettingen, Meiningen, Arolsen), aber auch bedeutendere Herrschaftszentren (z.B. Karlsruhe, Würzburg, Bayreuth, Güstrow <sup>10</sup> Foto S. 13), Dresden) in absolutistischer Zeit vielfach prächtige Schlösser und Stadtparks aus. Die Vielzahl alter Residenzen und die durch sie vererbte, oft prachtvolle Bausubstanz ist zweifelsohne eine spezielle Ausprägung deutscher Stadtkultur.

#### Der Städtebau im „Dritten Reich“

Eine Phase der Stadtentwicklung, in der grundlegende Veränderungen in vielen Städten zu erwarten gewesen wären, wenn die damalige politische Herrschaft noch länger gedauert hätte, ist die Zeit des Nationalsozialismus von 1933-1945. Für mehrere, für das NS-Regime besonders symbolträchtige deutsche Städte liegen Pläne vor, die flächenmäßig gigantomanische, in die vorhandenen Stadtstrukturen grundlegend eingreifende neue pseudo-klassizistische Viertel mit planmäßigem Grundriss, riesigen Aufmarschplätzen und Repräsentationsbauten vorsahen. Trotz der Kürze der NS-Zeit gab es erste Realisierungen dieser Ziele, wie z.B. das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg um das Zeppelin- und Märzfeld mit der Großen Straße und der Kongresshalle am Dutzendteich oder die Bauten um den Königsplatz in München, die den geplanten Trend signalisieren, der unserer Stadtlandschaft glücklicherweise zum größten Teil erspart geblieben ist.

Die für eine Umgestaltung im Sinne des nationalsozialistischen Städtebaus prioritär vorgesehenen Städte waren die „Führerstädte“ Berlin, Nürnberg (Stadt der Reichsparteitage), Hamburg, München (Hauptstadt der Bewegung) <sup>10</sup>,

Leipzig (Reichsmessestadt) und Linz, daneben aber auch die 18 Gauhauptstädte des Reichs wie Bayreuth oder Weimar. So gibt es selbst für die relativ kleine Hauptstadt des Gau „Bayerische Ostmark“ Bayreuth Pläne für ein riesiges Verwaltungs- und Aufmarschviertel im Bereich südöstlich der Innenstadt ebenso wie eine gigantische bauliche Erweiterung des Umgriffs des Richard-Wagner-Festspielhauses <sup>10</sup> Foto).

#### Der sozialistische Städtebau der DDR

Während der Phase der politischen Trennung nach dem Zweiten Weltkrieg wurden auch städtebauliche Entscheidungen getroffen, die zu einer unterschiedlichen Ausbildung der Stadtlandschaft in den beiden deutschen Staaten führten. Ein von der Zahl der Objekte recht umfangreiches Erbe aus DDR-Zeiten sind die „Errungenschaften des sozialistischen Städtebaus“ <sup>10</sup> Foto), und hierbei vor allem die Plattenbauenssembles an den Stadträndern, oft in Form neu errichteter Großwohngebiete wie z.B. Leipzig-Grünau, Erfurt-Rieth, Halle-Neustadt oder Rostock-Schmarl. Waren diese Wohnungen in der Zeit vor der Wende stark nachgefragt als zwar uniforme Wohnungen von der Stange, die aber modern und zweckmäßig konzipiert waren, sind sie – wenn nicht aufwändig renoviert – mittlerweile nur schwer vermietbar, stehen leer oder werden teilweise sogar abgerissen.

Dieses bauliche Spezifikum der Plattenbausiedlungen als der Versuch einer standardisierten, auf industrielle Mas-



Entwurf für eine Neugestaltung des Festspielhügels in Bayreuth durch die Nationalsozialisten

senproduktion angelegten Form zur Schaffung modernen Wohnraums ist für die Wohnungsversorgung von Millionen von Menschen auch künftig unverzichtbar. So finden sich in den Großwohngebieten der neuen Länder etwa 1,5 Mio. Wohnungen oder 22% des ostdeutschen Wohnungsbestandes (in Westdeutschland sind es ca. 0,8 Mio. bzw. 3% des Wohnungsbestandes) <sup>10</sup> Beitrag Breuer/Müller, S. 130). In Ostdeutschland lebt somit jeder vierte, in Westdeutschland jeder vierzigste Einwohner in einem Großwohngebiet. Gleichwohl hatte die Errichtung der Plattenbausiedlungen am Rand der Kernstädte zur Folge, dass das Umland-Wachstum der DDR-Städte weniger stark ausgeprägt war als in den alten Ländern. Die Städte der neuen Länder sind baulich (noch) kompakter, wachsen in geringerem Ausmaß in das Stadtumland und sind somit weniger stark durch Suburbanisierung geprägt als in der alten Bundes-



Berlin - Blick vom Fernsehturm am Alexanderplatz in die Karl-Marx-Allee

republik. Indes ist der Prozess der Suburbanisierung derzeit in den neuen Ländern in vollem Gange (HÄUSSERMANN 1997; BRAKE/DANGSCHAT/HERFERT 2001).

Der innerstädtische Umbau der ostdeutschen Städte, nach dem Krieg mit monumentalen Vorhaben wie der Karl-Marx-Allee in Ost-Berlin (Foto S. 21) in Angriff genommen, beschränkte sich dagegen im Wesentlichen auf die im Zweiten Weltkrieg zerstörten Areale, die zum Teil – wegen des geringeren Stellenwertes des Kommerzes in den Innenstädten – einfach frei gelassen wurden, zum Teil jedoch auch für Monumentalbauten (Kulturpalast in Dresden) oder gezielt für innenstädtisches Wohnen (z.B. Innenstadt Leipzig) umgenutzt wurden. Diese Neubebauung der 1960er und 70er Jahre war verbunden mit weitläufigen Platzanlagen, die Versammlungen dienten, jedoch die traditionelle Dichte und Urbanität verdrängten. Viele dieser Bauensembles stehen inzwischen ungenutzt und sind oft in heruntergekommenem Bauzustand, so dass in einigen Fällen der Abriss droht (Leipziger Markt) und ein Neubau auf den Grundrissen der Vorkriegsbebauung bevorsteht (Berliner Schloss, Dresdner Schloss).

### Der ländliche Raum und seine Siedlungen

Die in früheren Jahrzehnten bemühte Gegenüberstellung von Stadt und Land als antagonistische Gebietskategorien taugt nicht mehr zur Charakterisierung der gegenwärtigen Siedlungsstruktur in Deutschland. Mit der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jhs. expandierten einige Städte derart dynamisch, dass sie flächenmäßig mit ihren Nachbarstädten zusammenwuchsen (z.B. im Ruhrgebiet). Durch neue Verkehrstechnologien (Eisenbahn, Straßenbahn, S- und U-Bahn, Bus, Pkw) und erhöhte Distanzüberwindungspotenziale im öffentlichen und im Individualverkehr vergrößerten sich die Städte sternförmig nach außen entlang den Verkehrslinien, und zwar bis weit über die Stadtgrenzen hinaus (Beitrag Kagermeier, S. 148). Längst sind die Umlandgemeinden der größeren Städte keine landwirtschaftlich geprägten Dörfer mehr; ihr Siedlungswachstum ist vielfach so bedeutend, dass wir nicht mehr von einem Stadt-Land-Gegensatz reden können, sondern eher ein Stadt-Land-Kontinuum von der Kernstadt ins Umland beobachten. Dementsprechend gibt es durch die Ministerkonferenz für Raumordnung seit 1968 eine neue Begriffswahl, die anstelle des Gegensatzpaars von Stadt und Land zwischen Verdichtungsraum und ländlichem Raum unterscheidet (Beitrag Wießner, S. 66).

Damit ist zunächst ausgesagt, dass der alte Begriff Stadt im Falle größerer Agglomerationen durch den Begriff Verdichtungsraum als funktionalem Stadt-Umland-Verbund ersetzt wird. Wie gehen wir indes mit der „Restkategorie“ des ländlichen Raumes um? Hier muss

betont werden, dass es in dieser Gebietskategorie viele größere Siedlungen gibt, die bislang noch nicht zu Verdichtungsräumen herangewachsen sind und für die deshalb die Bezeichnung Stadt durchaus noch sinnvoll ist. Wir finden somit zahlreiche Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum (Beitrag Bödeker, S. 62). Auch diese weisen zwar eine Tendenz zur Suburbanisierung auf, aber in geringerem Ausmaß als die Verdichtungsräume; die Kernstadt bleibt das dominierende Siedlungselement.

Neben solchen Gemeinsamkeiten repräsentieren die Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum eine hohe Variationsbreite an unterschiedlichen Strukturen und wirtschaftlichen Grundlagen. Ihrer Entstehungsgeschichte entsprechend (Beitrag Denzer, S. 54) sind sie häufig dominant geprägt durch eine einzelne Funktion, wie z.B. als Ackerbürger-, Residenz-, Garnisons-, Universitäts- oder Bischofsstadt. Häufiger jedoch sind es Orte, die als Märkte eine gewisse Bedeutung erlangten und die dann vielfach bereits Anfang des 19. Jhs. einen Teil ihrer Versorgungs- und Verwaltungsfunktionen verloren. Daneben sind es auch Städte, die sich als Wirtschafts- und Verwaltungszentren in den beiden letzten Jahrhunderten behaupten konnten, oder solche, die erst in der Zwischen- oder Nachkriegszeit zu Kreissitzen wurden und damit nunmehr eine bescheidene Verwaltungsfunktion und Zentralität ausübten. In der DDR wurden diese Städte gezielt auch mit einem kleineren Industriebetrieb versehen, während in Westdeutschland bereits in den 1970er Jahren durch Kreisreformen viele der Städte ihre Funktion verloren (Beitrag Sandmeyer-Haus, S. 64) und auch in der Bedeutung stagnierten. Generell gilt somit, dass die Entwicklungstendenzen der Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum die breite Palette von Dynamik über Stagnation bis zu Schrumpfung widerspiegeln. Heute zeichnen sich nur für einen Teil der Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum Perspektiven als regionaler Marktort (Beitrag Meyer-Kriesten, S. 58), als Verwaltungsort, als Altersruhesitz von wohlhabenden Senioren (Beitrag Glorius, S. 78) oder als Freizeit- und Touristenstadt ab (Beitrag Kuhn, S. 76). Anderen besonders peripher gelegenen Städten, die den Verlust von Industriebetrieben (Beitrag Wießner, S. 66), Garnisonen, der Verwaltungsfunktion oder Ähnliches erleiden mussten, drohen Stagnation und Abwanderung.

### Die Entwicklung der Dörfer

Welche Entwicklung haben im ländlichen Raum demgegenüber die nicht-zentralen Orte genommen, die wir gemeinhin als Dörfer bezeichnen? In der Siedlungsstruktur gibt es die klassischen Dörfer der vorindustriellen Zeit nicht mehr, die ausschließlich aus tradierten Hausformen bestanden (Beitrag Haversath/Ratusny, S. 48) und in

funktionalen Anordnungen regional differenzierte Ortsformen bildeten (Beitrag Haversath/Ratusny, S. 50). Bei den Bewohnern können wir inzwischen eine fast flächendeckend verbreitete Tendenz zu urbanisierten Lebensformen feststellen. Heute sind die Landwirte meist in der Minderzahl; die Beschäftigungsorte der Bewohner liegen vielfach außerhalb des Dorfes; Berufspendeln ist zur Regel geworden. Im dörflichen Bereich nehmen die meist städtisch erscheinenden Einfamilienhäuser einen immer größeren Anteil ein. Auch das Sozialleben hat sich grundlegend geändert. Neben die klassischen Dorfvereine wie Feuerwehr oder Geflügelzuchtverein treten nunmehr der Tennis- oder Kegelclub für die aus einem städtischen Milieu zugezogenen Neubürger.

Gibt es angesichts solch grundlegender Veränderungen überhaupt noch das „deutsche Dorf“? In dieser zugespitzten Frageform muss die Antwort sicherlich „nein“ lauten. Es gibt aber durchaus eine größere Anzahl von spezifischen Konstellationen, nach denen sich die verschiedenen Dorftypen auch in der Gegenwart noch unterscheiden lassen.

Einesteils gibt es Dörfer, in denen die Nutzung durch die Landwirtschaft zumindest im Kernbereich des Ortes noch überwiegt. Den Erfordernissen an eine moderne Bewirtschaftung entsprechend, ändert sich das Erscheinungsbild der Höfe und damit auch der Dörfer zunehmend. Oft sind solche betriebsstrukturell notwendigen Anpassungen für ein

attraktives Ortsbild nicht förderlich, sondern eine Dominanz der Landwirtschaft im Dorf ist eher hinderlich für den Prozess der Bewahrung alter Hofgebäude und Dorfensembles.

Viele Dörfer sind mittlerweile dadurch suburbanisiert, dass Bevölkerung zugezogen ist, die in den benachbarten Verdichtungsraum oder zentralen Ort im ländlichen Raum auspendelt. Das Dorf wird zum Wohnort einer städtischen Bevölkerung, die die Ruhe im Grünen, die günstigen Baupreise und den attraktiven Lebensraum für Familien mit Kindern nachfragt. Oft gibt es Konflikte und Konkurrenzen zwischen Alt- und Neubürgern, die ein unterschiedliches Verständnis davon haben, welche Aktivitäten im Dorf zu erfolgen haben oder zu unterlassen sind.

Unabhängig von der Bevölkerungsstruktur des Dorfes ist es mittlerweile eher die Regel, dass das lokale Angebot an Kommunikations- und Konsumeinrichtungen zurückgegangen ist (Beitrag Jürgens, S. 72). Die traditionellen Einzelhandelsgeschäfte des Typs Tante-Emma-Laden sind längst aufgegeben oder nur noch als auslaufende Betriebe anzutreffen. Vielfach ist überhaupt keine Grundversorgung im Dorf mehr gegeben oder wenn, dann im Supermarkt am Dorfrand und nicht mehr im Dorfczentrum. Bei gering leistungsfähigen ÖPNV-Systemen und dem zunehmenden Rückzug der Bahn aus der Fläche (Beitrag Pez, S. 74) ist der Pkw ein notwendiger Bestandteil des Lebens in Dörfern geworden.



Dorf im Oberallgäu

Die in früheren Zeiten (oft verklärt wiedergegebene) intensive Kommunikation im Dorf, in den alten Ländern festzumachen am sonntäglichen Kirchenbesuch, dem Besuch des Dorfwirtshauses und der aktiven Beteiligung bei der Feuerwehr oder dem Kriegs- und Veteranenverein, hat sich reduziert. Der Kirchenbesuch ist nicht mehr eine Aktivität mit sozialem Zwangscharakter, das Dorfwirtshaus musste vielfach wegen zu geringer Wirtschaftlichkeit aufgegeben werden, das Vereinsleben nimmt ab.

Auch in der DDR veränderten sich die Dörfer deutlich. Während die traditionellen Wohn- und Bauernhäuser oft verfielen oder umgenutzt wurden, entstanden an den Ortsrändern die großen Zweckbauten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Volkseigenen Güter, an die teilweise auch gewerbliche Produktion angeschlossen war (► Beitrag Wollkopf/ Brunner, S. 68). Während die landwirtschaftlichen Betriebe nach der Wende meist in Agrargenossenschaften umgewandelt wurden und Teile der Zweckbauten leer stehen und verfallen, sind die traditionellen Strukturen nur in einigen Fällen wiederbelebt und denkmalgerecht gestaltet worden. Lediglich im Einzugsbereich von Großstädten beleben sich Dörfer im Zuge der Suburbanisierung, während in den deindustrialisierten peripheren Regionen besonders Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns weite Landstriche nahezu bevölkerungsleer zu werden drohen.

Die Identifizierung mit dem Dorf ist ebenfalls in die Krise geraten. Mit der Gebietsreform der Gemeinden (► Beitrag Schwarze, S. 32) und mit verschiedenen Schulreformen verschwanden auch jene Akteure, die zuvor die lokale Gemeinschaft reproduzierten: die Bürgermeister und die Dorflehrer. Besonders schlimm: es verschwand oft auch der bisherige Gemeindename. Neue Versuche einer „ganzheitlichen Dorferneuerung“, die die Partizipation der Bewohner fördern möchten, streben heute mühsam an, die verloren gegangene Dorfidentität auf neuer Basis wieder zu beleben (KNIEVEL/ TÄUBE 1999; HENKEL 1999).

Das Dorf als reizvolle traditionelle Häuserlandschaft zu beleben und den Dorfkern als Lebensraum wieder attraktiver zu machen, ist ein Anliegen zahlreicher staatlich geförderter Programme. So scheinbar gänzlich unterschiedliche Programme wie Flurbereinigungsverfahren, der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ 11, der Bau von Umgehungsstraßen oder Denkmalpflegemaßnahmen tragen alle mit zu dem Leitbild der erhaltenden Dorferneue-



rung bei, welches als politisches Ziel eine Bewahrung des Dorfs als ländlichen Lebensraum mit individueller und historisch gewachsener Eigenart anstrebt (LIENAU 1995).

Trotz der Vielzahl der Veränderungen und trotz der großen Variationsbreite, die heute die deutschen Dörfer kennzeichnet, lässt sich in grober Vereinfachung sagen, dass das Dorf als bauliches Ensemble, das charakteristische in der Vergangenheit angelegte Bauelemente konserviert, als eine „formale Hülle“ noch anzutreffen ist. Das, was sich funktional hinter dieser Hülle an unterschiedlichen Berufsgruppen, Lebensstilen und sozialen Bindungen verbirgt, ist indes vielfältig. Das Dorf ist heute eher

ein Ausdruck mehr oder weniger einheitlicher ererbter baulicher Morphologie als homogener sozialräumlicher Strukturen und Prozesse.

→

#### Stadtland Deutschland – eine Zukunftsvision

Die postindustrielle Stadt befindet sich derzeit auf dem Weg zur post-

modernen Stadt. Die wachsende Polarisierung der Gesellschaft drückt sich immer stärker auch in den innerstädtischen Raumstrukturen aus. Fragmentierung und Segregation nehmen zu (► Beiträge Häussermann, S. 26; Friedrichs/Kecskes, S. 140; Glebe, S. 142). Die Umgestaltung des Arbeitsmarktes lässt neue Lebensstile und Bewegungsmuster entstehen. Die zunehmende Internationalisierung bewirkt, dass in Städten mit dem Sitz global tätiger Unternehmen die Zahl hochqualifizierter ausländischer Arbeitskräfte zunimmt. Gleichzeitig wächst die Zahl derjenigen Zuwanderer, die nur über eine geringe berufliche Qualifikation verfügen und kaum in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind (HÄUSSERMANN/SIEBEL 1987; HELBRECHT/POHL 1995).

Die Bewältigung des demographischen, sozialen und räumlichen Wandels wird zukünftig eine der zentralen gesellschaftlichen Aufgabenstellungen sein. Die Städte als Brennpunkte dieses

Wandels nehmen hierbei eine hervorgehobene Position ein. Sie werden als Bühne von Inszenierungen ebenso genutzt, wie sie Identitäten hemmen oder befördern können. Der angesprochene Wandel lässt sich als postmoderne Ausdifferenzierung u.a. nach demographischen und sozialen Merkmalen skizzieren. Das Altern der modernen Gesellschaften, ihre polarisierende Entwicklung in Teilhabende und in Randgruppen, die Tendenzen zur Integration und Ausgrenzung, zur Inklusion und Exklusion werden nicht nur analytische, sondern auch planerische Schwerpunkte künftiger Stadtforschung sein.

Mit der Etablierung der meisten an der Erforschung städtischer Phänomene beteiligten Disziplinen als normative Handlungswissenschaften wird nicht mehr allein die Analyse als Aufgabenstellung gesehen. Vielmehr besteht der anwendungsbezogene Anspruch, einen Beitrag zur Verwirklichung gerechter Raum- und Bewohnerstrukturen zu leisten. Im Vordergrund der Entwicklung hin zu einer „sozialen Stadt“<sup>12</sup> könnten z.B. die Verringerung innerstädtischer Disparitäten und der Ausgrenzung ethnischer und sozialer Minoritäten, von Zugänglichkeitsbarrieren sowie von unfreiwilligen Standortdestabilisierungen stehen. Erweitert sich das Leitbild in Richtung einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit dem Anspruch, einen Ausgleich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Belange zu erreichen (► Beitrag Wiegandt, S. 114), dann wird sich das künftige Spektrum stadtgeographischer Themenfelder erheblich verbreitern.

Eine Aufgabe, die erst im letzten Jahrzehnt erwachsen ist, stellt der Transformationsprozess ostdeutscher Städte dar. Die anfänglich postulierte Konvergenz mit westdeutschen Prozessverläufen setzte die Erwartung einer nachholenden Entwicklung gleichsam automatisch voraus. Indes erfordert die Realität einen längeren Atem, mehr Kreativität und angemessenere Instrumente, als bisher angenommen. Einerseits wird das Erscheinungsbild ostdeutscher Innenstädte immer stärker durch tief greifende bauliche Erneuerungsprozesse und immer weniger durch die Hinterlassenschaften aus DDR-Zeiten geprägt. Dies betrifft sowohl die Revitalisierung der Zentren als auch die Sanierung und Modernisierung zentrumsnaher Wohnquartiere. Andererseits erweist sich die Entwicklung keineswegs allein als eine im Zeit-

Baumaßnahmen auf militärischem Konversionsgebiet in Tübingen nach Maßgaben der Nachhaltigkeit



Der Leipziger Osten – sächsisches Modellgebiet des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“

#### Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

„In den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf drohen sich Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung zu konzentrieren. Dabei handelt es sich vielfach um hochverdichtete, einwohnerstarke Quartiere in städtischen Räumen, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den Gebäudebestand, das Arbeitsplatzangebot sowie das Wohnumfeld deutliche Defizite aufweisen. Für einen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner sind Arbeit, Wohnung und gesellschaftliche Einbindung nicht mehr gewährleistet. Es entwickelt sich sozialer Konfliktstoff, oftmals noch verstärkt durch ethnische Probleme und Auseinandersetzungen der unterschiedlichen Gruppen. Die selektive Migration wird stärker, sozial aktive Bewohnerinnen und Bewohner verlassen die Stadtteile. Das Leben in diesen Quartieren wird selbst benachteiligend. Sichtbare Signale für solche Entwicklungen sind vernachlässigte Gebäudebestände, zunehmende Wohnungsleerstände, Verwahrlosung, Vandalismus, Drogenkonsum und wachsende Kriminalität.“

Um diese Entwicklung zu stoppen und nachhaltige Verbesserungen insbesondere im städtebaulichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich zu erreichen, bedarf es einer intensiven Stadtteilentwicklung, die insbesondere auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei den Kindern und Jugendlichen zu widmen. Kinder und Jugendliche, die in Armutssituation leben, zeigen verstärkt soziale Auffälligkeiten, Angst vor Stigmatisierung, Leistungsstörungen, Abbruch sozialer Kontakte, Neigung zu Straftaten, soziale Isolation und psychosomatische Störungen.

Im Vordergrund des Programms „Die soziale Stadt“ steht daher nicht die Lösung baulicher Aufgabenstellungen, sondern die Frage, ob und wie unsere Städte künftig funktionsfähig bleiben. Dabei ist der Aufbau nachhaltiger lokaler Strukturen wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Stadtteilprojekten, die zur Stabilisierung des Gebiets beitragen. Ziel des Programms ist es, als Leitprogramm weitere Fördermöglichkeiten aus anderen Politikbereichen, insbesondere der Wohnungs-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik zu mobilisieren und zu einem integrativen und stadtentwicklungspolitisch neuen Handlungsansatz zu verknüpfen, um auf diese Weise den Defiziten in sozial benachteiligten Gebieten wirksam entgegenzutreten.“ (BUNDESREGIERUNG, in: Deutscher Bundestag 2001, S. 3).

„Die überwiegende Anzahl der Flächenländer – die Stadtstaaten sind nicht betroffen – hat den Mitfinanzierungsanteil der Kommunen an der Programmfinanzierung mit einem Drittel festgelegt, so dass es dort zu jeweils gleichen Finanzanteilen von Bund, Ländern und Gemeinden kommt. In Baden-Württemberg und Bayern betragen die kommunalen Mitfinanzierungsanteile 40 v.H., in Thüringen 15 v.H. (nach zuvor 10 v.H. in den Jahren 1999 und 2000). Einige Länder berücksichtigen bei der Festlegung der Mitfinanzierungsanteile die finanzielle Leistungsfähigkeit der betroffenen Gemeinden (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz), so dass dort flexible Lösungen innerhalb einer bestimmten Bandbreite erreicht werden.“ (BUNDESREGIERUNG, in: Deutscher Bundestag 2001, S. 17).

raffer ablaufende Wiederholung nach westdeutschen Vorbildern. Es generieren sich eigene Prozessverläufe und Strukturen mit unterschiedlicher Bedeutung der beteiligten Akteure. So wäre es unangebracht, Prozesse wie Suburbanisierung, Segregation, Gentrifizierung oder die Entwicklung von Großwohngebieten vorschnell mit bekannten Etiketten zu versehen und mit vertrauten Handlungsempfehlungen zu begleiten. Sie lassen sich stattdessen nur nach sorgfältiger Analyse vor Ort und unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingung einer schrumpfenden Bevölkerung adäquat erfassen.

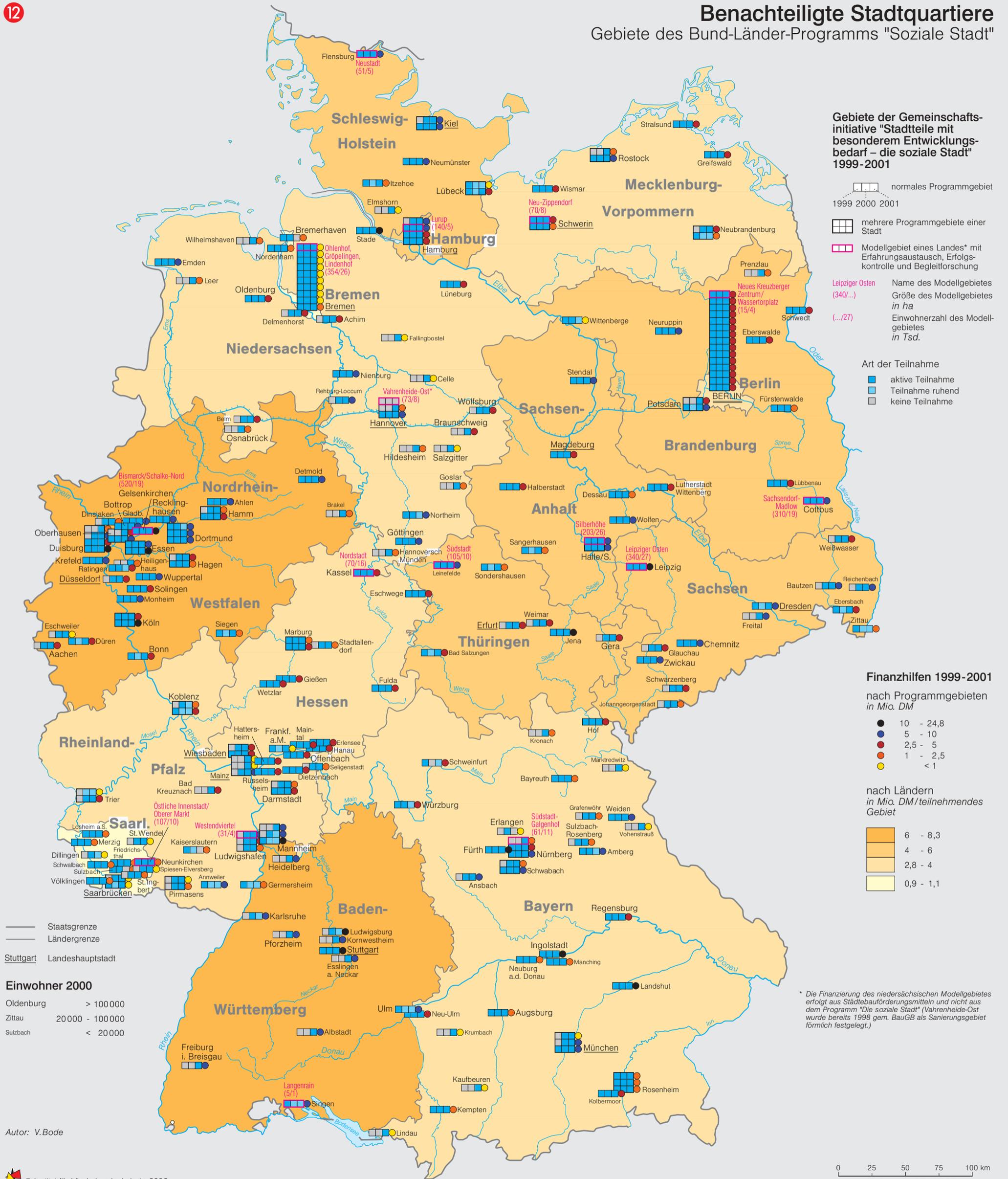
#### Zum vorliegenden Atlasband

Angesichts der skizzierten Vielfalt der stadtgeographischen Fragestellungen und Aspekte ist eine umfassende und repräsentative Berücksichtigung aller Themen der modernen Siedlungs- und

Stadtforschung kaum möglich. Zentrales Anliegen der Herausgeber und Bandkoordinatoren für den vorliegenden Band des Nationalatlas ist vielmehr die Präsentation relevanter und im Kartenbild visualisierbarer Fragestellungen. Aus diesem Grunde finden sich unter den Themen überproportional viele ► morphographische und funktionale Aspekte, während die differenzierte Betrachtung sozialräumlicher Phänomene rein quantitativ stärker in den Hintergrund tritt. Dies ist keine Missachtung oder Geringschätzung neuerer stadtgeographischer Ansätze, sondern hat damit etwas zu tun, dass die oft sehr abstrakten und weit in Fragen der Handlungs- und Systemtheorie reichenden Untersuchungen in der Regel nur als lokale oder regionale Fallstudien vorliegen und darüber hinaus kaum in einem Atlasband angemessen kartographisch wiedergegeben werden können. ♦

# Benachteiligte Stadtquartiere

## Gebiete des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt"



**Gebiete der Gemeinschaftsinitiative "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" 1999-2001**

normales Programmgebiet  
1999 2000 2001

mehrere Programmgebiete einer Stadt

Modellgebiet eines Landes\* mit Erfahrungsaustausch, Erfolgskontrolle und Begleitforschung

Leipziger Osten (340/...) Name des Modellgebietes

Größe des Modellgebietes in ha

(.../27) Einwohnerzahl des Modellgebietes in Tsd.

**Art der Teilnahme**

- aktive Teilnahme
- Teilnahme ruhend
- keine Teilnahme

**Finanzhilfen 1999-2001**

nach Programmgebieten in Mio. DM

- 10 - 24,8
- 5 - 10
- 2,5 - 5
- 1 - 2,5
- < 1

nach Ländern in Mio. DM/teilnehmendes Gebiet

- 6 - 8,3
- 4 - 6
- 2,8 - 4
- 0,9 - 1,1

— Staatsgrenze  
— Ländergrenze  
Stuttgart Landeshauptstadt

**Einwohner 2000**

Oldenburg	> 100 000
Zittau	20 000 - 100 000
Sulzbach	< 20 000

Autor: V.Bode

\* Die Finanzierung des niedersächsischen Modellgebietes erfolgt aus Städtebauförderungsmitteln und nicht aus dem Programm "Die soziale Stadt" (Vahrenheide-Ost wurde bereits 1998 gem. BaUGB als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt.)